RÄNKESCHMIEDE

Texte zur
internationalen ArbeiterInnenbewegung

Michael Fütterer

Ein Aufbruch der ArbeiterInnen

Der Arabische Frühling in Tunesien und Ägypten

Herausgeber:
tie – Internationales Bildungswerk e.V.

No. 21
Dezember 2012
15. Jahrgang

Michael Fütterer ist Mitarbeiter von
tie – Internationales Bildungswerk e.V. (Transnationals Information Exchange)
Kontakt: michael.fuetterer@tie-germany.org

Das Erscheinen der vorliegenden Broschüre wurde ermöglicht durch die Unterstützung von:

Brot für die Welt, Berlin
Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, Berlin
Solidaritätsfonds der StipendiatInnen der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Gefördert durch:

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

STIFTUNG MENSCHENWÜRDE UND ARBEITSWELT

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Bildnachweise
Bilder von Hossam el-Hamalawy (Ägypten), außer:
Amine Ghrabi (Tunesien), S. 17, 27, 51
Magharebia (Tunesien), S. 46
Wassim Ben Rhouma (Tunesien), S. 38, 41, 47
Scott Montreal (Kanada), S. 31

Herausgeber:

tie – Internationales Bildungswerk e.V.
Heidestr. 131
60385 Frankfurt
Telefon: 069 / 97 76 06 66
Fax: 069 / 97 76 06 69
E-Mail: info@tie-germany.org
Internet: www.tie-germany.org

1. Auflage, Dezember 2012
52 Seiten, Einzelpreis 5 Euro zzgl. Porto

Lektorat/Redaktion Anne Scheidhauer
Layout/Satz: Birgit Letsch
Druck Häuser KG, Köln

RÄNKESCHMIEDE erscheint in unregelmäßiger Folge
(Verzeichnis erhältlicher Broschüren und tlw. Download unter www.tie-germany.org)

Vorbemerkung

Der Arabische Frühling hat das in den Ländern des ›Westens‹ vorherrschende Bild von den Staaten in Nordafrika und Nahost irritiert. Es waren Bilder zu sehen, die den fest verwurzelten Vorstellungen von der angeblichen arabischen und muslimischen Unfähigkeit zu progressivem Denken und Handeln widersprachen. Besonderes Aufsehen erregten die Revolutionen in Tunesien und Ägypten.

Zwar herrschte viel Sympathie für die Aufstände, doch gleichzeitig schwangen dabei antiislamische Ressentiments mit, die unterstellten, die Revolutionen müssten zwangsläufig in islamistischen Regimen enden. Genauso fragwürdig ist die Darstellung, die Proteste seien von einer ›westlich‹ orientierten Generation getragen gewesen und hätten nur dank Internet und sozialer Netzwerke eine so durchschlagende Wirkung entwickeln können.

Um die Proteste wirklich zu verstehen, muss man die Entwicklungen in Tunesien und Ägypten ein Stück weit zurückverfolgen. Dabei wird man feststellen, dass Protestbewegungen, insbesondere von ArbeiterInnen, bei aller staatlich verordneten Grabesruhe in beiden Ländern auf eine lange Geschichte zurückblicken, auch wenn das hier kaum bekannt ist. Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten wären ohne die Militanz der ArbeiterInnen nicht denkbar gewesen. Darauf wollen wir mit der vorliegenden Broschüre den Blick lenken.

Eine Prognose über den weiteren Verlauf der Entwicklungen in Tunesien und Ägypten ist nicht möglich. Genauso wenig bietet die Broschüre eine detaillierte Analyse aller gesellschaftlichen Gruppierungen und AkteurInnen der Revolutionen. Der Schwerpunkt liegt bewusst auf den Aktionen der ArbeiterInnen, deren Rolle für die sozialen Revolutionen des Arabischen Frühlings bislang noch nicht genügend ausbuchstabiert ist.

Die Broschüre gliedert sich in einzelne Kapitel, an deren Ende sich jeweils Literaturhinweise zum Thema finden. Ergänzt werden die Kapitel durch Interviews und Erfahrungsberichte zu aktuellen Fragen der Proteste, zu Hintergründen und konkreten Konflikten.

Ein besonderer Dank geht an den französischen Gewerkschaftsverband *Solidaires* und das britische *Mena Solidarity Network*, die Texte, Bilder und Interviews zur Verfügung gestellt haben. Ein Dank geht auch an die Redaktionen der Zeitschrift *Sozialismus* und des *Labournet Germany* für die Genehmigung, zwei dort veröffentlichte Interviews in dieser Broschüre zu dokumentieren.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 6

Länderübersichten Ägypten und Tunesien 9

Interview mit dem Historiker Joel Beinin 10

Ägypten und Tunesien: zwischen Antikolonialismus und Unterordnung im globalen Kapitalismus 14

Interview mit der ägyptischen Aktivistin Fatma Ramadan 20

Von Tunis bis Kairo: Sozialproteste als Auslöser der Revolutionen 23

Interview mit dem tunesischen Aktivisten Adnan Birbaoun 28

ArbeiterInnenbewegung und die Revolutionen in Tunesien und Ägypten 31

Bericht der ägyptischen Gewerkschafterin Fatma Zahra'a Abd-al-Hamid 36

ArbeiterInnenbewegung und die Revolutionen in Tunesien und Ägypten, Fortsetzung 37

Interview mit der ägyptischen Gewerkschafterin Nagat Ragab 44

Frauen als Avantgarde der Revolution 45

Interview mit dem tunesischen Gewerkschafter Sghaier Saihi 49

(K)ein Ausblick 51

Einleitung

Der Arabische Frühling hat das in den Ländern des ›Westens‹ vorherrschende Bild von den Staaten in Nordafrika und Nahost irritiert. Im Fernsehen, in Zeitungen und Blogs waren Bilder zu sehen, die den fest verwurzelten Vorstellungen von der angeblichen arabischen und muslimischen Unfähigkeit zu progressivem Denken und Handeln widersprachen (vgl. Lenner 2011, 9). Besonderes Aufsehen erregten die Revolutionen in Tunesien und Ägypten.

Zwar herrschte viel Sympathie für die Aufstände – viele Kommentare sahen darin den Protest einer ›westlich‹ orientierten Jugend –, doch gleichzeitig schwangen dabei antiislamische Ressentiments mit, die unterstellten, die Revolutionen müssten zwangsläufig in islamistischen Regimen enden. Bernard Schmid kritisiert diese Befürchtungen: Seines Erachtens unterschlagen diese den heterogenen Charakter der islamischen Bewegungen (vgl. Schmid 2011a, 21f.) und tragen wenig zur Erklärung der sozialen Proteste bei. Slavoj Zizek stellt fest, dass besonders in den ägyptischen Protesten universalistische Forderungen nach Freiheit, Würde und ökonomischer Gerechtigkeit hervortreten (vgl. Lenner 2011, 10), die eine angebliche Neigung der Menschen in Nordafrika zu autoritären Herrschern praktisch widerlegen.

Genauso fragwürdig ist die Darstellung, die Proteste seien von einer ›westlich‹ orientierten Generation getragen worden und hätten nur dank Internet und sozialer Netzwerke Erfolge zu verzeichnen gehabt. Dazu Katharina Lenner:

»In der Fokussierung der Proteste auf das Web 2.0 schwingt allerdings auch eine Vorstellung mit, nach der sich hier eine neue Generation entwickelt, die sich von den ›anderen‹ TunesierInnen oder ÄgypterInnen unterscheidet; die gebildet, globalisiert, Internet-affin und insofern ›uns‹ irgendwie ähnlich ist. Dabei wird besonders stark auf ein Medium abgehoben, das sich vom Westen aus ausgebreitet hat. So kann ein eigentlich kolonialer Gedanke (›guter Wandel‹ kommt aus dem Westen) implizit wieder Bestätigung finden« (ebd.).

Verständlicher werden die Proteste, wenn die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in Tunesien und Ägypten untersucht werden. Beide Länder durchliefen eine Entwicklung von autoritär-populistischen Staaten mit ausgebautem staatlichen Sektor und relativer Wohlfahrt zu Staaten, die nach neoliberalen Spar- und Umbauprogrammen untergeordnete Positionen in der internationalen Arbeitsteilung einnahmen. Dabei wurden sie zunehmend autoritärer und korrupter.

Immer wieder flammten im Zuge dieser Entwicklung Proteste auf, besonders von ArbeiterInnen aus ehemaligen Staatsbetrieben, dem öffentlichen Dienst oder den neu entstehenden Industrien. Wiederkehrende Streikwellen erregten immer wieder Aufsehen. Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten wären ohne die Militanz dieser ArbeiterInnen nicht denkbar gewesen. Dabei standen stets dieselben Forderungen im Zentrum: nach Arbeit, Würde und Freiheit. Gerade in Tunesien wird die Revolution von vielen als Revolution der Arbeit, der Würde und der Freiheit bezeichnet – und nicht etwa als Jasminrevolution, wie sie in den deutschen Medien oft genannt wird, wobei geflissentlich übersehen wird, dass so bereits die Machtübernahme Ben Alis 1987 betitelt wurde, also eben jenes Diktators, gegen den die Menschen in Tunesien Anfang 2011 aufbegehrten.

Seit den 2000er Jahren begann in beiden Ländern eine Streikbewegung, in der Aktionsformen erprobt wurden, die später in den Revolutionen erneut zur Anwendung kamen. Letztlich brachten Generalstreiks die Despoten in Tunesien und Ägypten zu Fall. ArbeiterInnen begannen sich unabhängig von den staatstragenden Gewerkschaftsstrukturen zu organisieren und bauten eigene Organisationen auf.

Heute stehen sie vor der Frage, ob sie mit den Revolutionen nur die alten Despoten verjagt

haben oder ob sie darüber hinaus grundlegende soziale und demokratische Veränderungen erreichen können. Mit den Revolten hat ein Prozess begonnen: Die unterschiedlichen politischen Strömungen können sich in den jeweiligen Ländern offen formieren. Dieser Prozess schließt autoritäre Krisenlösungen nicht aus, sodass keine Vorhersagen getroffen werden können, wie es am Ende dieser revolutionären Phase um die jeweilige Gesellschaft stehen wird. Zwar haben die jüngsten demokratischen Wahlen in Tunesien und Ägypten die konservativ-religiösen Kräfte gestärkt; deshalb gleich von einem Ende der Umbruchphase zu sprechen, wäre allerdings verfrüht. Soziale Auseinandersetzungen um die zukünftige Richtung Ägyptens und Tunesiens sind immer noch an der Tagesordnung. Jüngst zeigt sich dies in einem Streik der Lehrerinnen und Lehrer in Ägypten, denen es nicht nur um höhere Löhne geht, sondern auch um ein gut ausgebautes Bildungssystem in öffentlicher Hand.

Welche Rolle ArbeiterInnenproteste und deren soziale Ursachen und Hintergründe bei den Revolutionen in Tunesien und Ägypten spielten, blieb meist unbeachtet. Nur wenige Publikationen haben sich damit befasst. Die vorliegende Broschüre möchte informieren und anhand von Interviews mit AktivistInnen und Berichten aus der Region Einblicke vermitteln. Sie gibt einen Überblick über die Entwicklungen und Proteste in Ägypten und Tunesien und über Aktionen der ArbeiterInnen. Sie wirft einen Blick auf die Rolle von Frauen, die zu Recht als Avantgarde der Revolution beschrieben werden.

Dabei sollen die ArbeiterInnenproteste nicht idealisiert werden. Bernard Schmid merkt an, dass Streiks gegen korrupte BetriebsleiterInnen nicht von rätedemokratischen oder sozialistischen Überlegungen motiviert waren, sondern lediglich von dem Wunsch, die Korruption zu beenden (vgl. Schmid 2011a, 13). Zentrale Forderungen nach höheren Löhnen, sozialer Absicherung und unabhängiger gewerkschaftlicher Organisierung sind bis heute nicht erfüllt. Errungenschaften müssen beständig verteidigt werden. Beverly Silver hat herausgearbeitet, dass die Organisierung der Beschäftigten nicht zwangsläufig zu Klassensolidarität führen muss, sondern auch Abgrenzungen entlang von Geschlecht, Herkunft oder Alter hervorbringen kann, um sich vor den Zumutungen der Lohnarbeit zu schützen (vgl. Silver 2005, 41). Auf diese Konflikte geht die vorliegende Broschüre nicht ein. Sie soll vielmehr einen Beitrag leisten, den ›westlichen‹ Blick zu irritieren, der Menschen in arabischen Ländern als das vormoderne ›Ande-

re‹ wahrnimmt – nicht fähig zu Demokratie und Emanzipation. Existierende Konflikte sollen damit nicht verschleiert werden. Erst wenn wir versuchen, die Proteste sowie die Veränderungen, die sie angestoßen haben, zu verstehen, können wir diese Konflikte einordnen.

In Zeitungsmeldungen vom Herbst 2012 werden die politischen Auseinandersetzungen in beiden Ländern auf die Frage reduziert, ob sie zu islamistischen Staaten werden oder nicht. Diese Berichte ignorieren meist, dass gleichzeitig zahlreiche Auseinandersetzungen stattfinden, in denen bessere Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte eingefordert werden. In Tunesien protestieren Gewerkschaften und soziale Bewegungen gegen die Regierung der konservativen Ennahdha-Partei, die die sozialen Probleme im Land nicht zu lösen vermag. In Ägypten hat der neu gegründete demokratische Gewerkschaftsdachverband eine Kampagne für Gewerkschaftsrechte gestartet. Der linke ägyptische Präsidentschaftskandidat Hamdeen Sabahi, für den bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang 20 Prozent der Wähler stimmten (der Kandidat, der sich schließlich durchsetzen konnte, Mohammed Mursi, kam auf 24 Prozent), hält eine linke Mehrheit perspektivisch für möglich. Die konservativen Kräfte konnten sich seiner Ansicht nach nur deshalb durchsetzen, weil sie über höhere finanzielle Ressourcen und eine bessere politische Organisation verfügten, während sich die politische Linke dies erst noch aufbauen müsse. Die politische Situation ist also keineswegs so eindeutig, wie es oft dargestellt wird.

Literatur/Tipps zum Weiterlesen:

Lenner, Katharina (2011): Bilder einer Revolution. Beliebte Narrative und ihr unterschwelliger Orientalismus. In: Analyse und Kritik (Hrsg.): »The people demand...« Ein Jahr arabische Revolutionen – Fragen an die Linke. AK, Hamburg, S. 9-11
http://www.akweb.de/ak_s/ak558/31.htm

Schmid, Bernard (2011a): Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten. Edition Assemblage, Münster

Silver, Berverly (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Assoziation A, Berlin

Länderübersicht Ägypten

Bevölkerung:	ca. 82,5 Mio., damit ist Ägypten das bevölkerungsreichste Land der Region
Fläche:	1.001.449 km², zum Vergleich: Deutschland: 357.121 km²
Bevölkerungsdichte:	80 EinwohnerInnen/km², zum Vergleich Deutschland: 229/km²
Hauptstadt:	Kairo mit 8,3 Mio. EinwohnerInnen, Großraum Kairo: ca. 20 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf:	5.300 Euro
Demographische Entwicklung:	
Jährliches Bevölkerungswachstum:	1,92 %
Lebenserwartung:	Frauen: 76 Jahre, Männer: 70 Jahre
Altersverteilung:	
unter 15 Jahre:	32,7% der Bevölkerung
15 bis 64 Jahre:	62,8% der Bevölkerung
über 64 Jahre:	4,5% der Bevölkerung
Sprachen:	Arabisch, Französisch und Englisch als Geschäftssprachen
Mindestlohn:	176 Ägyptische Pfund pro Monat (ca. 21 Euro)
Durchschnittslohn:	850 Ägyptische Pfund pro Monat (ca. 100 Euro)
Alphabetisierungsquote:	Frauen: 59,4%, Männer: 83%
Arbeitslosenquote:	12,2%
Jugendarbeitslosenquote (15-24 J.):	Männer: 17,2%, Frauen: 47,9%

Länderübersicht Tunesien

Bevölkerung:	10 Mio.
Fläche:	163.610 km², zum Vergleich Deutschland: 357.121 km²
Bevölkerungsdichte:	61 EinwohnerInnen/km², zum Vergleich Deutschland: 229/km²
Hauptstadt:	Tunis mit 999.000 EinwohnerInnen, Großraum Tunis: ca. 2,5 Mio.
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf:	7.750 Euro
Demographische Entwicklung:	
Jährliches Bevölkerungswachstum:	1 %, damit das niedrigste Wachstum der arabischen Welt
Lebenserwartung:	Frauen: 77 Jahre, Männer: 73 Jahre
Altersverteilung:	
unter 15 Jahre:	23,3% der Bevölkerung
15 bis 64 Jahre:	69,3% der Bevölkerung
über 64 Jahre:	7,5% der Bevölkerung
Sprachen:	tunesisches Arabisch, Berbersprachen und Französisch als Handels- und Bildungssprache
Mindestlohn:	246 Dinar pro Monat (ca. 120 Euro)
Durchschnittslohn:	300 bis 350 Dinar pro Monat (ca. 150 Euro bis 175 Euro)
Alphabetisierungsquote:	Frauen: 65,3%, Männer: 83,4%
Arbeitslosenquote:	18,9%
Jugendarbeitslosenquote (15-24 J.):	**Männer:** 31,4%, Frauen 29,3%

Interview

Wilde Streiks, Sit-ins und Proteste

Der Historiker Joel Beinin über die Rolle der Arbeiterbewegung und die Hintergründe der ägyptischen Unruhen

Joel Beinin ist Professor für Geschichte des Nahen Ostens an der Stanford University. Zwischen 2004 und 2009 war Beinin häufig auch längere Zeit in Kairo, um u.a. zahlreiche Interviews mit Arbeitern und Arbeiterinnen durchzuführen. Er veröffentlichte 2010 die Studie »Justice For All. The Struggle for Worker Rights in Egypt« (Download bei www.solidaritycenter.org).

Herr Beinin, können Sie beschreiben, wie das Leben für den typischen städtischen Arbeiter in Kairo aussieht?

Zunächst einmal: In Ägypten ist das Wort Arbeiterklasse kein Tabu. Arbeiter werden Arbeiter genannt und nicht Arbeitnehmer oder sonst wie. Arbeiterklasse ist ein Begriff, den jeder versteht. Das durchschnittliche monatliche Grundgehalt für einen Textilarbeiter oder eine Textilarbeiterin beträgt 400 ägyptische Pfund im Monat. Das sind ungefähr 70 US-Dollar. Die ArbeiterInnen erhalten auch Leistungslohn, Boni verschiedener Art etc. Aber wenn man zwei Gehälter einer typischen fünfköpfigen ägyptischen Familie zusammennimmt, so bewegt sich das Einkommen gerade einmal knapp oberhalb der Armutsgrenze von zwei Dollar pro Tag und Person. Nach Angaben der Weltbank leben 44 Prozent der ägyptischen Bevölkerung unter oder in unmittelbarer Nähe der Armutsgrenze. Die meisten städtischen ArbeiterInnen sind kaum in der Lage, ihre Familien zu ernähren und für die Bildung ihrer Kinder zu sorgen, weil das ägyptische öffentliche Schulsystem einfach nicht funktioniert. Die Menschen sind ständig überschuldet. Die Preise für Nahrungsmittel sind in den letzten fünf Jahren sprunghaft angestiegen, vor allem in den letzten Monaten, sodass die Leute schlicht nicht mehr wissen, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Den politischen Missständen, die in den letzten Wochen auf drastische Art und Weise artikuliert wurden, liegen diese schon seit 20 Jahren währenden wirtschaftlichen Probleme zugrunde.

In Ihrer Studie »The Struggle for Worker Rights in Egypt« verweisen Sie auf 1952 als das Jahr, in dem die »durch und durch autokratische Machtausübung« durch das ägyptische Regime begann. Wie haben sich die Arbeitsbedingungen für den durchschnittlichen ägyptischen Arbeiter seither geändert?

Das Regime von Gamal Abdel Nasser und den Freien Offizieren, das 1952 nach dem Sturz der Monarchie durch einen Militärputsch an die Macht kam, war selbstredend autokratisch. Aber es war ein populistisches autoritäres Regime. Von 1952 bis etwa 1965/66 stieg der Lebensstandard der Arbeiter und Landarbeiter ganz erheblich. Es gab nicht nur eine zwar moderate Landverteilung an Bauern, sondern wichtiger noch die Einführung der Pachtpreisbindung auf ägyptisches Ackerland. Die Löhne in den Städten stiegen, ein bezahlter wöchentlicher Ruhetag und ein Mindestlohn wurden eingeführt. Nasser war deshalb und aufgrund anderer hier nicht näher zu erläuternder Gründe zeit seiner Regentschaft sehr populär. Ausgenommen bei jenen, die er inhaftieren und foltern ließ, in erster Linie die Muslimbrüder und die Kommunisten. Diese Art des Regimes basierte auf autoritärem Populismus und import-substituierender Industrialisierung und war überall in den neuen unabhängigen Staaten Asiens, Afrikas und auch in Lateinamerika verbreitet.

Doch es offenbarten sich Mitte bis Ende der 1960er Jahre einige Probleme. Als Nasser 1970 starb, wurde einigen Leuten klar, dass das Land einen neuen Pfad würde beschreiten müssen. An-

war Sadat, Nassers Nachfolger, kündigte im Jahr 1974 eine neue Wirtschaftspolitik, die so genannte Politik der offenen Tür, an. Dies war der Beginn eines sehr langwierigen Prozesses der Privatisierung der Wirtschaft, des Abbaus staatlicher Ausgaben, der Verringerung sozialer Dienste und des Subventionsabbaus für Grundnahrungsmittel, letzteres war allerdings schon vorher in Angriff genommen worden. Es dauerte indes bis zum Abkommen mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Jahr 1991, bis die Wirtschaftspolitik der Offenen Tür auch voll umgesetzt wurde. Dann jedoch sanken die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter sehr schnell.

Im Jahr 1991 unterzeichnete Ägypten eine wirtschaftliche Reformvereinbarung mit der Weltbank und dem IWF über die Privatisierung des öffentlichen Sektors. Wie wirkte sich diese auf die Lage der ägyptischen ArbeiterInnenklasse aus?

Allgemein wurde geschätzt, dass der Personalüberhang in öffentlichen Unternehmen in Ägypten vor allem im Textilbereich – nach dem Nahrungsmittel- der zweitgrößte Industriesektor – ungefähr ein Viertel betrug. Stellen Sie sich vor, Sie sind ein privater Unternehmer und die Regierung schlägt vor, Ihnen eine Textilfabrik zu verkaufen. Eigentlich brauchen Sie diese 25 Prozent zusätzlichen Arbeitskräfte nicht, da sich dadurch nur Ihr Gewinn verringert.

Das Problem war also, wie man diese überflüssigen ArbeitnehmerInnen loswerden konnte. In die Privatisierungsprogramme wurden nämlich Rechtsvorschriften aufgenommen, die einen neuen privaten Unternehmer verpflichteten, keine ArbeiterInnen zu entlassen und dafür Sorge zu tragen, dass das gleiche Niveau an Löhnen und Sozialleistungen gezahlt wird wie vorher. Die Regierung begann, Vorruhestandsregelungen einzuführen. Sie gaben jedem über einer bestimmten Altersgrenze umgerechnet ca. 8.000 bis 9.000 US-Dollar Ruhestandsgeld. In Ägypten ist das ziemlich viel. Man konnte dafür z.B. ein Lebensmittelgeschäft eröffnen oder ein Stück Land erwerben. Es reichte auf jeden Fall zum Überleben.

Auf dieser Grundlage wurden einige Firmen verkauft, aber nicht genug. Dann kam im Juli 2004 eine neue Regierung an die Macht – jene, die gerade entlassen wurde. Und im Gegensatz zu den früheren Regierungen war diese Regierung, die den Spitznamen »Regierung der Geschäftsleute« trug, leidenschaftliche Befürworterin der Privatisierungsprogramme. Sie privatisierte mehr in ihrem ersten Amtsjahr als in den vorangegangenen zehn Jahren. Natürlich traten bei diesem Tempo zahlreiche Probleme auf. So wurden die Vorruhestandsgelder verringert, sodass es logischerweise weniger Menschen annahmen. Fast unmittelbar danach, in der zweiten Hälfte des Jahres 2004, stellt man insofern einen großen Anstieg der Zahl von Streiks, Sit-ins und anderer kollektiver Aktionen von ArbeiterInnen fest.

Ihre Forschungen zeigen, dass die Unruhen bis hin zu Konflikten von Anfang der 1990er Jahre zurückverfolgt werden können. Warum hatten diese vorangegangenen Streiks und Proteste der ägyptischen ArbeiterInnen keine Wirkung?

In den 1980er und 1990er Jahren gab es mehrere Phasen, in denen es eine Welle von Streiks und Protesten gab. Einige von ihnen hatten sehr wohl Auswirkungen. Aber sehr oft hat das Regime die Unruhen gewaltsam niedergeschlagen und die Menschen niedergeschossen. Das hatte zur Folge, dass die Hemmschwelle, sich an solchen Protesten zu beteiligen, sehr groß war. Nach einer Entscheidung des obersten Verfassungsgerichts, wonach die Verfassung das Recht auf Streik tatsächlich

garantierte, etablierte sich die Streikkultur zunehmend. Doch die Regierungsexekutive akzeptierte das nicht und fuhr fort, streikende Arbeiter zu unterdrücken.

Im Jahr 1998 unterzeichnete Ägypten die Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte der Arbeit durch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung sicherten Regierungen der ganzen Welt den ArbeiterInnen das Recht zu, sich zu organisieren, versprachen Nichtdiskriminierung und das Verbot sowohl der Kinderarbeit als auch der Zwangsarbeit. Haben die ägyptischen ArbeiterInnen daraufhin Gewerkschaften gegründet?

Nicht als Folge davon. Es gibt seit 1957 einen ägyptischen Gewerkschaftsbund (*Egyptian Trade Union Federation*, ETUF). Er war schon immer, unter Nasser, Sadat und unter Mubarak im Wesentlichen ein verlängerter Arm des Regimes. Es ist illegal, eine Gewerkschaft zu bilden, die nicht dem ägyptischen Gewerkschaftsbund angehört. Es gilt der Grundsatz: ein Betrieb, eine Gewerkschaft. So müssen alle TextilarbeiterInnen der Allgemeinen Union der Textilarbeiter angehören, alle Stahlarbeiter der Allgemeinen Union für Eisen und Stahl etc. Diese Gewerkschaften sind Top-Down-Projekte und hierarchisch organisiert. Es gibt Gewerkschaftsausschüsse in Fabriken, die aber sehr wenig Kontrolle über ihr Handeln haben, sowohl im Hinblick auf ihr Budget oder lokale Löhne und Arbeitsbedingungen. Und obwohl Streiken in Ägypten nun legal ist, muss die Zustimmung von zwei Dritteln des Vorstandes des ägyptischen Gewerkschaftsbundes eingeholt werden. Alle 23 Mitglieder stehen der regierenden Nationaldemokratischen Partei nahe, einige sind sogar hohe Funktionäre. In seiner ganzen Geschichte hat der Vorstand ganze zwei Streiks genehmigt.

Und die Internationale Arbeitsorganisation hat nie interveniert?

Die ILO ist seit einigen Jahren sehr besorgt über Ägypten, und in der Tat gab es vor ein paar Jahren eine spezielle Untersuchung über das Land, die ich auch in meinem Buch erwähne. Aber die ILO arbeitet nach einem tripartistischen Prinzip: Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften. So hat sie festgestellt, dass die ägyptischen ArbeiterInnen tatsächlich keine Vereinigungsfreiheit sowie das Recht, frei Gewerkschaften zu gründen, genießen. Überdies, dass es Diskriminierungen am Arbeitsplatz, insbesondere von Frauen, gibt. Und sie sagen, sie hätten entdeckt, dass es vielleicht Probleme geben könnte. Eine sehr vorsichtige Argumentation also!

Online-Medien und der jüngste Aufstand in Tunesien werden häufig als Katalysatoren für die ägyptische Revolution genannt. Würden Sie zustimmen, dass dies die beiden bestimmenden Faktoren sind?

So undifferenziert betrachtet kann die Antwort nur nein lauten. Ich will damit nicht sagen, dass die genannten Faktoren nicht wichtig sind; sie sind es offensichtlich. Aber ich würde den Schwerpunkt auf eine Reihe von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Mobilisierungen setzen, die seit zehn Jahren andauern. Da waren die Volkskomitees zur Unterstützung des palästinensischen Aufstands im Jahr 2000, die Volkskomitees gegen die US-Invasion im Irak 2003, die ägyptische Bewegung für Veränderung 2004-06, eine Pro-Demokratie-Bewegung, die forderte, dass Mubarak nicht für eine Wiederwahl im Jahr 2005 antreten dürfe – dies tat er allerdings bekanntermaßen doch. Es gab viel Unterstützung für die Unabhängigkeit der Justiz im Frühjahr 2006. Darüber hinaus – und das ist das wichtigste – gab es mehr als 3.000 Streiks, Sit-ins und Proteste von mehr als zwei Millionen ArbeiterInnen seit 1998. Und das hält an. Jeden Monat bekomme ich eine neue Mitteilung von einer der ägyptischen Nichtregierungsorganisationen, die die Protestaktionen und Streiks Tag für Tag zählen. Es sind immer noch Hunderte pro Jahr. Keiner dieser Faktoren führte allein zu dem, was seit dem 25. Januar passiert ist. Aber zusammen genommen hatten sie einen großen Einfluss auf das Bewusstsein der Menschen über die Widerstandschancen gegen das Regime.

Was kennzeichnet den 25. Januar 2011, den so genannten Tag des Zorns in Ägypten?

Es gab zwei große Demonstrationen. Der ursprüngliche Tag des Zorns war am 25. und der zweite am 28. Januar. Am 25. waren etwa 10.000 Menschen auf der Straße, was sehr viel war im Vergleich zu dem, was es in den vergangenen Jahren an politischen Demonstrationen gegeben hatte. Die Organisatoren führten daraufhin auch eine Demonstration am Freitag durch, weil freitags das Mittagsgebet stattfindet. Es ist nämlich üblich, dass die Leute im Anschluss an das Gebet auf eine Demonstration gehen, insbesondere wenn der Geistliche dazu auffordert. Nun haben die Menschen keine Angst mehr. Sie sind in den Innenstädten von Kairo, Suez und Alexandria. Ich bin mir nicht sicher, was in anderen Städten geschieht, aber es gibt sicherlich auch Aktionen in den Provinzstädten. Es ist schon viele Jahre her, dass ein großer Teil der ägyptischen Bevölkerung dem Mubarak-Regime die Legitimation abgesprochen hat. Der Grund für die Zurückhaltung war erstens die Angst vor Verhaftungen und Folter, zweitens fragten sich die Leute: »Wenn ich mich exponiere, wird da noch jemand anderes mitmachen?« Sehr wenige Menschen demonstrierten unter diesen Umständen. Aber wenn mehr Leute auf der Straße sind als Sicherheitskräfte, dann ist das etwas ganz anders.

Warum fordern die Ägypter nicht nur Reformen, sondern einen Regimewechsel?

Die ägyptische Bevölkerung, wenngleich auch ca. 40 Prozent von ihnen Analphabeten sind, ist sehr leidgeprüft und geduldig. Und ihr eilt der Ruf der politischen Apathie voraus. Aber die Ägypter sind nicht dumm. Sie wissen, dass sich mit dem Abgang von Hosni Mubarak und mit Omar Suleiman, dem ehemaligen Sicherheitschef und dem jetzigen Vizepräsidenten, nichts ändern wird (am 11. Februar 2011 trat Omar Suleiman vom Posten des Vizepräsidenten zurück, nach Angaben von Al Jazeerea gehört er dem Hohen Militärrat an; Anm. d. Red.) Wer in Ägypten lebt, versteht,

dass das Regime auf einer gewissen Struktur fußt. Und diese besteht nicht allein aus Hosni Mubarak. Es ließen sich noch viele andere Namen nennen. Zum Beispiel der von Habib El Adly, dem ehemaligen Innenminister, der gehasst wird, weil er die Polizei befehligt, die regelmäßig foltert, prügelt und den Zentralen Sicherheitskräften anordnete, am 2. Februar mit Steinen und Knüppeln auf die Demonstranten loszugehen. Die Leute verstehen, dass dies zusammenhängt, vielleicht nicht im Detail, aber sie wissen, dass sie es mit einem institutionalisierten System zu tun haben, dessen sie überdrüssig sind.

Es wird gesagt, zuerst die tunesische Rebellion, jetzt Ägypten. Was kommt als nächstes? Sind wir Zeugen eines Dominoeffektes von mehr Aufständen in anderen Ländern des Nahen Ostens?

Mein Argument ist Folgendes: Zwar gibt es einen gewissen Dominoeffekt durch das, was in Ägypten und Tunesien geschieht. Aber in jedem Land stellt sich die Lage anders da. Zum Beispiel ist die Armee in Tunesien sehr klein und sie erhält nicht Milliarden von US-Dollar für Waffen und Ausbildung von den USA. So war es relativ einfach, die Armee auf die Seite der Bevölkerung zu ziehen. In Ägypten ist die Armee sehr groß. Sie besteht aus 450.000 Menschen. Da ist es schwieriger, an den Strukturen etwas zu ändern. Und in der Tat ist in den letzten Tagen offenkundig geworden, dass sich die Armee zunehmend gegen die Bevölkerung stellt.

Quelle: Sozialismus 03/2011, http://www.linksnet.de/de/artikel/26396

Ägypten und Tunesien:

Zwischen Antikolonialismus und Unterordnung im globalen Kapitalismus

Als Ende 2010 zuerst in Tunesien eine Revolte gegen das autoritäre Regime begann und sich kurze Zeit später in Ägypten viele Menschen ebenfalls gegen ihre Unterdrücker erhoben, war die öffentliche Meinung in weiten Teilen des globalen Nordens überrascht. Es schien unvorstellbar, dass Menschen in einem islamisch geprägten Land auf die Straße gehen könnten, um Demokratie und ihre Rechte einzufordern.

Viele Kommentare sprachen von stagnierenden Gesellschaften (vgl. Nordhausen/Schmid 2011, 10), die sich jetzt endlich auf Drängen der Menschen veränderten. Das Bild, in Tunesien und Ägypten habe bislang Stillstand geherrscht, ist jedoch falsch. Vielmehr erlebten die Menschen im Laufe der letzten Jahrzehnte tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche, wodurch sich bestehende Konflikte verschärften und neue hinzukamen. Ohne diese Konflikte und Entwicklungen zu kennen, lässt sich kaum verstehen, wie es zu den Revolten in beiden Ländern kam. Dazu lohnt sich ein kurzer Blick in die Geschichte beider Staaten.

Ägypten und Tunesien waren wie viele andere Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens früher kolonialisiert oder zumindest von einer der europäischen Kolonialmächte abhängig. Selbstverständlich beginnt die Geschichte beider Länder nicht mit der Kolonialisierung durch europäische Großmächte. Tunesien beispielsweise war, bevor es 1883 französisches Protektorat wurde, bereits ein unabhängiger Staat, nachdem es vorher Teil des osmanischen Reiches gewesen war. Auch vor der Kolonialisierung gab es gesellschaftliche Veränderungen, soziale Kämpfe und Auseinandersetzungen. Die ägyptische Geschichte präsentiert sich ebenso wechselvoll. Geschichte beginnt also nicht erst dort, wo europäische Großmächte eingreifen.

Das Ende der offiziellen Kolonialherrschaft war meist Ergebnis von nationalen Unabhängigkeitsbewegungen, die nicht selten zu großen Teilen von ArbeiterInnen und Bauern getragen wurden.

Ägypten

In einer Revolution forderten die Menschen in Ägypten 1919 Unabhängigkeit vom britischen Empire. Mit Streiks und Demonstrationen verliehen sie ihren Forderungen Nachdruck. Dies war auch die offizielle Geburtsstunde der feministischen Bewegung in Ägypten, die eng mit dem Kampf um Unabhängigkeit verbunden war. Über 300 Aktivistinnen forderten im März 1919 bei einer Demonstration in Kairo die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter. Aus dieser Bewegung entstand 1923 eine unabhängige feministische Organisation, die besonders in den Städten Unterstützung fand.

Im Zuge der Revolution gründeten sich mehrere Gewerkschaften, allerdings auf Initiative der bürgerlich-nationalistischen Wafd-Partei und folglich nicht unabhängig. Daher gründete sich kurze Zeit später ein weiterer Gewerkschaftsdachverband, der seinerseits eng mit der kommunistischen Partei Ägyptens zusammenarbeitete. Allerdings waren sowohl die kommunistische Partei als auch der linke Gewerkschaftsdachverband nur von kurzer Dauer: Beide wurden 1924 auf Druck Großbritanniens wieder aufgelöst.

Die Revolution hatte eine eingeschränkte Unabhängigkeit Ägyptens vom britischen Empire ab 1922 zur Folge. Offizielle Staatsform war fortan die konstitutionelle Monarchie. Das Empire behielt bis 1936 die Kontrolle über Militär und Außenpolitik. Innenpolitisch setzte die

regierende Wafd-Partei auf den Aufbau einer stark von ausländischen Investitionen abhängigen Textilindustrie. Die entstehenden Textilfabriken wurden rasch zum Kern der ägyptischen Gewerkschaftsbewegung.

Als sich 1952 die so genannten Freien Offiziere um Gamal Abdel Nasser an die Macht putschten, war dies ein einschneidendes Ereignis in der ägyptischen Geschichte. Die neue Regierung schaffte die Monarchie ab und beendete die Herrschaft des britischen Empire über Ägypten. Nasser führte eine Reihe von Landreformen durch, verstaatlichte alle großen Industrien und ließ Medikamente, Wasser, Nahrungsmittel und Elektrizität subventionieren. Der Lebensstandard der ArbeiterInnen stieg, Frauen wurden rechtlich besser gestellt als bisher. Ziel der Politik war die so genannte importsubstituierende Industrialisierung, die Ägypten vom Ausland unabhängig machen sollte. Die Regierung erhob hohe Steuern auf den Import von Fertigprodukten und führte große Mengen von Rohstoffen ein, um sie für den heimischen Markt verarbeiten zu lassen und so gezielt die heimische Industrie zu fördern.

Zunächst ermöglichte diese Strategie Wachstum und relativen Wohlstand für die ägyptische Bevölkerung. Allerdings führte sie zu einer hohen Staatsverschuldung. Bald erhielt Ägypten kaum noch Kredite zu akzeptablen Konditionen. Ölpreisschock und Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre verstärkten diese Probleme noch. Nassers arabischer Nationalismus wurde außerdem durch eine Reihe außenpolitischer Rückschläge und Niederlagen geschwächt, z.B. die Niederlage gegen Israel im Sechstagekrieg von 1967.

Die relativen Fortschritte im Bezug auf den Lebensstandard gingen mit der massiven Unter-

drückung politischer GegnerInnen einher. Die zuvor regierende Wafd-Partei wurde verboten, ebenso wie weitere Parteien. Die Repression traf islamische Gruppierungen sowie unabhängige Frauenorganisationen und Gewerkschaften. Nasser selbst sagte dazu: »Die Arbeiter fordern nicht, wir geben.« Gewerkschaften sollten keine Orte der Selbstorganisation der Beschäftigten sein, sondern für einen reibungslosen Produktionsablauf sorgen und soziale Wohltaten der Herrschenden verteilen. Laut Joel Beinin waren soziale Kämpfe von ArbeiterInnen und Bauern nur insoweit geduldet, als sie den akzeptierten Rahmen nicht überschritten (vgl. Beinin 2001, 131). Für linke Gewerkschafter, Kommunistinnen und Sozialisten bedeutete dies nicht selten Unterdrückung und Verfolgung. Andere arrangierten sich mit dem System Nasser. Sein arabischer Nationalismus mit sozialistischen Anleihen fand auch bei Linken Unterstützung. Die Regierung versuchte bestehende Gewerkschaften durch eine enge Bindung an sich zu schwächen, was ihr auch hervorragend gelang. Seit der Revolution von 1919 waren über 500 Gewerkschaften entstanden. Nasser fasste diese 1957 in einem Dachverband zusammen, der 1961 zur *Egyptian Trade Union Federation* (ETUF) wurde und bis zuletzt eine wichtige Stütze der wechselnden Regime blieb.

Nasser starb 1970. Sein Nachfolger war Muhammad Anwar as-Sadat. Mit Sadat vollzog sich ein Wandel in der ägyptischen Politik. Der Druck streikender ArbeiterInnen sowie eine Hungersnot 1977 zwangen ihn, eine Reihe oppositioneller Parteien wieder zuzulassen. Dennoch blieben Repressionen gegen politische Gegner an der Tagesordnung. Gleichzeitig änderte sich der wirtschaftspolitische Kurs. Anstelle sozialpolitischer Reformen traten Schuldenabbau und Währungsstabilität in den Vordergrund. Um weiterhin Staatskredite von IWF und Weltbank zu erhalten, musste Ägypten weitreichenden neoliberalen Umstrukturierungsmaßnahmen zustimmen. Dazu zählten wirtschaftliche Liberalisierung, Orientierung auf den Außenhandel, Privatisierung von Staatsbetrieben, Deregulierung des Arbeitsrechts, Entlassungen, Lohnsenkungen und Sozialabbau. Die Subventionen für Medikamente, Landwirtschaft, Lebensmittel und Energie wurden abgebaut.

Dies führte dazu, dass europäische und US-amerikanische Unternehmen lokale Kleinbauern verdrängten, die bisher für den heimischen Markt produziert hatten und sich nun dem globalen Wettbewerb stellen mussten. Ägypten verharrte in Abhängigkeit von den wirtschaftlich führenden Nationen in Europa und den USA. Die soziale Situation der meisten Menschen verschlechterte sich. Streiks und Proteste gegen die Reformen blieben nicht aus.

1975 fanden erste große spontane Streiks und Proteste gegen die neoliberale Politik statt. Ohne Unterstützung von Gewerkschaften oder linken AktivistInnen besetzten ArbeiterInnen in Helwan südlich von Kairo Bahnstationen sowie Eisen- und Stahlhütten. TextilarbeiterInnen in Kairo schlossen sich dem Streik an. Neben ökonomischen Forderungen wurde der Ruf nach dem Rücktritt des Premiers laut. In den darauffolgenden Jahren wurde immer wieder gestreikt, zumeist in staatseigenen Betrieben. Diesen war es unter Nasser recht gut gegangen; nun waren sie von Privatisierungen betroffen (Beinin 2001, 157). Auch Bauern gehörten nach der teilweisen Rücknahme vorheriger Landreformen zu den Verlierern: Waren sie bislang relativ eigenständig gewesen, wuchs nun ihre Abhängigkeit von Staat und Banken.

Die Proteste vermochten allerdings nicht den Entwicklungsweg in Frage zu stellen. Sie verzögerten neoliberale Umstrukturierungsprogramme, konnten die Macht des Regimes aber nicht brechen.

Diese Politik gewann mit der Machtübernahme von Hosni Mubarak 1981 noch an Fahrt. Eine stramm neoliberale Wirtschaftspolitik machte Ägypten für ausländische Investoren interessant. So profitierten z.B. deutsche Zulieferer von Daimler und BMW wie Dräxlmeier und Leoni von den ›günstigen‹ Produktionsbedingungen zu Lasten der Beschäftigten. Von der wirtschaftlichen Öffnung unter Mubarak profitierte zudem die Metro-Gruppe, die 2010 zwei Märkte in

Ägypten eröffnete und weitere plante. Dazu kamen eine Reihe von Freihandelszonen und Ansiedlungen für russische Unternehmen. China, Brasilien, die Türkei, zentralasiatische Republiken und Golf-Emirate investierten in Ägypten. Sie sind in der verarbeitenden Industrie, in der Informatik, im Bereich Infrastruktur sowie im Öl- und im Immobiliengeschäft aktiv (vgl. Alnasseri 2011, 290).

Tunesien

Tunesien durchlief eine ebenso wechselvolle Geschichte. Bereits kurz nachdem es 1883 zum französischen Protektorat geworden war, regte sich der erste Widerstand gegen die französische Herrschaft. Antikoloniale Parteien und Zeitschriften wurden gegründet und traten nicht nur für die nationale Unabhängigkeit, sondern auch für eine strikte Trennung von Staat und Religion ein.

Kämpfe für die Rechte von Frauen haben in Tunesien eine lange Tradition. Bereits im 19. Jahrhundert forderten führende Intellektuelle, die Bildungschancen von jungen Frauen zu verbessern. 1912 forderten verschiedene Autoren die Stärkung der Frauenrechte. 1940 wurde die erste feministische Zeitschrift gegründet. In der antikolonialen Zeitschrift »L'Action« wurde 1955 eine Frauenrubrik eingeführt, die tatsächlich überwiegend von Frauen gestaltet wurde. Allerdings, das soll hier nicht unterschlagen werden, gehen die meisten erwähnten Aktivitäten auf Männer zurück, die im Namen von Frauen sprachen.

Die französische Regierung versuchte der antikolonialen Bewegung durch Verbote Herr zu werden. Ende der 1930er Jahre kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die dazu führten, dass die bis dahin wichtigste antikoloniale Kraft, die Partei *Neo-Destour*, in den Untergrund gehen musste. Von dort aus führte sie ihren Kampf für die nationale Unabhängigkeit Tunesiens fort.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gewann diese Auseinandersetzung an Fahrt. Eine besonders wichtige Rolle spielte dabei der tunesische Gewerkschaftsdachverband *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT). Dieser organisierte Streiks und war an Sabotagen, Demonstrationen und Unruhen beteiligt, die sich mehr und mehr gegen die Strukturen der Kolonisation und der

Regierung richteten. Frankreich mobilisierte 70.000 Soldaten, um gegen die Unabhängigkeitsbewegung vorzugehen, doch letztlich ohne Erfolg. 1956 musste es die Unabhängigkeit Tunesiens anerkennen. 1959 wurde Habib Bourguiba zum ersten Präsidenten gewählt.

Ähnlich wie in Ägypten gingen Landreformen, Verstaatlichungen, Subventionierungen für die Bevölkerung sowie die Verbesserung der rechtlichen Stellung von Frauen mit der Unterdrückung der politischen Opposition einher. Nach der Ermordung des führenden Oppositionellen Salah Ben Youssef und dem Verbot der Kommunistischen Partei im Januar 1963 wurde die tunesische Republik zu einem von der *Neo-Destour* geführten Einparteienstaat. Später wurde die Partei in *Parti Socialiste Destourien* (PSD) umbenannt.

Auch in Tunesien führte der Weg der importsubstituierenden Industrialisierung in die Krise. Bereits 1972 waren die ersten freien Produktionszonen eröffnet worden, um Kapital aus dem Ausland anzuziehen. Unruhen wegen steigender Lebensmittelpreise, die so genannten Brotunruhen, wurden 1984 blutig niedergeschlagen und unabhängige Kräfte im Gewerkschaftsdachverband UGTT zurückgedrängt. Ab Mitte der 1980er Jahre kam es auch hier zu einer Öffnung der Märkte und zu Privatisierungen von Staatsbetrieben. Nach 27 Jahren Präsidentschaft wurde Bourguiba im November 1987 von seinem Günstling Zine el-Abidine Ben Ali abgesetzt. Dieser forcierte die Politik der Privatisierungen, des Subventionsabbaus und der Außenwirtschaftsorientierung während seiner bis 2011 andauernden Herrschaft noch weiter. Handelsschranken wurden abgebaut und europäische Konzerne drängten auf den tunesischen Markt. Gleichzeitig bereicherten sich der Präsident, seine Familie und ihnen nahestehende Gruppen am Ausverkauf des tunesischen Staatseigentums. Ben Ali verstand es, den Gewerkschaftsdachverband UGTT in seine Regierung einzubinden. Viele hochrangige Gewerkschaftsfunktionäre besetzten zugleich hohe Parteiämter innerhalb der PSD. Dennoch gelang es nie vollständig, die UGTT an das Regime zu binden. Gerade die Gewerkschaften der Angestellten und ArbeiterInnen im öffentlichen Dienst, der Krankenhäuser, der Lehrkräfte sowie die UGTT-Gewerkschaften in der Bergbauregion von Gafsa blieben in Opposition. Von ihnen gingen immer wieder Streiks und Protestaktionen gegen die Diktatur aus.

Viele Wirtschaftsbereiche mit niedriger Produktivität wurden in den letzten zwanzig Jahren durch die Konkurrenz der europäischen Konzerne vernichtet, und die Produktion für den heimischen Markt ist praktisch tot. Stattdessen etablierten sich Industrien, die überwiegend für den europäischen Markt produzieren. Dabei handelt es sich in der Regel um Nischenprodukte, die keine qualifizierte Arbeit erfordern. Neben Tourismus basiert die Wirtschaft des Landes vor der Revolution besonders auf Zubehörproduktion für Automobilzulieferer, Dienstleistungen (z.B. aus Frankreich verlagerte Callcenter) und Textilproduktion. All diese Branchen sind von der EU abhängig. 80 Prozent der tunesischen Exporte gingen zuletzt in die EU, größtenteils nach Frankreich, Deutschland und Italien. Die Hälfte der Exporterlöse erwirtschaftete dabei die Textilindustrie. Sie stellt fast die Hälfte aller industriellen Arbeitsplätze.

Olaf Dehler und Jörg Kronauer (2011, 74) bezeichnen das Land daher als »verlängerte Werkbank« Europas. Vor der Revolution 2011 beschäftigten 2.700 ausländische Firmen mehr als 250.000 Menschen. 85 Prozent der Produktion waren für den Export bestimmt. Die niedrigen Löhne, die Ben Alis Diktatur garantierte, machten Tunesien für ausländische Investoren interessant. Abgesichert wurde dies u.a. durch das Fehlen von unabhängigen Gewerkschaften, betrieblichen Interessenvertretungen und Tarifautonomie. Das bundesdeutsche Auswärtige Amt lobte das gute Investitionsklima ebenso wie Ex-Bundespräsident Horst Köhler, als er noch geschäftsführender Direktor des IWF war.

Für Deutschland ist Tunesien der bedeutendste Handelspartner im Maghreb. Bis zu 80 Prozent der Waren für den Export nach Deutschland werden von ca. 250 Unternehmen mit deutscher

Beteiligung produziert. Das größte von ihnen ist der Automobilzulieferer Leoni, der in Tunesien mit 12.000 Beschäftigten Elektroteile für Daimler und VW herstellt. »Deutsche Unternehmen haben kräftig von den Verhältnissen profitiert, die ziemlich miserable Lebensbedingungen für die Mehrheit hervorbrachten«, konstatieren Dehler/Kronauer (2011, 76). Die deutsche Presse lobte Tunesien und stellte Ben Ali als ›milden Diktator‹ dar. Deutsche Unternehmen arbeiteten auch mit dem Sicherheitsapparat des Regimes zusammen. So lieferte Siemens die Technik und das Knowhow für Internetkontrollen und Zensur.

In Tunesien führte die neoliberale Entwicklungsstrategie ebenso wie in Ägypten dazu, dass sich die herrschenden Gruppen auf Kosten der Mehrheit bereicherten und die Errungenschaften der antikolonialen Befreiungskämpfe Stück für Stück verloren gingen. Die Rechte der ArbeiterInnen wurden beschnitten. Korruption, Klientelpolitik und Vetternwirtschaft beschleunigten die Erosion des politischen Systems. Gleichzeitig profitierten besonders Unternehmen aus dem globalen Norden von dieser Politik, indem sie entweder Staatsbetriebe aufkaufen oder bestehende Unternehmen vom Markt verdrängen konnten. Die Ausbeutungsbedingungen im Sinne der Unternehmen waren hervorragend, weil keine unabhängigen Gewerkschaften existierten und den Menschen grundlegende demokratische Rechte vorenthalten wurden. Beide Staaten verfügten über einen großen Unterdrückungsapparat. In Tunesien gehörte unter Ben Ali ein Prozent der Bevölkerung den Sicherheitskräften an – so viele wie in kaum einem anderen Polizeistaat.

In der Vetternwirtschaft und Klientelpolitik, an denen sich die herrschenden Gruppen im Regime bereicherten, sieht Sabah Alnasseri einen Grund, wieso die Proteste die Regime in Ägypten und Tunesien stürzen konnten. Seiner Ansicht lässt sich dies nämlich nicht allein daraus erklären, dass die Proteste ihren Ausgang in sozialer Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Wut über Willkür und Korruption genommen haben, da all diese Faktoren schon vor 2011 gegeben

waren. Die Revolutionen seien vielmehr das Ergebnis längerer Kämpfe der Bevölkerung sowie mangelnder gesellschaftlicher Stabilität und schwindender Unterstützung der Herrschenden durch wichtige gesellschaftliche Gruppen gewesen. Die Außenwirtschaftsorientierung der Staaten habe dazu geführt, dass eine Unternehmerklasse entstand, die die Klientelpolitik sehr kritisch sah. Investoren aus dem globalen Norden und exportorientierte Teile des einheimischen Kapitals fürchteten die mit der Willkürherrschaft verbundenen rechtlichen Unsicherheiten. Als die Proteste aufkeimten, verbündeten sich unzufriedene Unternehmer mit den DemonstrantInnen. Alnasseri fasst dies so zusammen: »Die Krise tritt auf, weil der Staat die gleichen Kräfte und Institutionen, auf denen seine Macht beruhte, längst zerstört hatte« (Alnasseri 2011, 278).

Die Konzentration auf Handlangertätigkeiten für den europäischen Markt führte zu der widersprüchlichen Situation, dass Menschen mit hoher Qualifikation kaum mehr Arbeit fanden. Dies führte dazu, dass bei steigendem Bildungsniveau immer mehr Menschen arbeitslos wurden. Gerade für junge, gut ausgebildete AkademikerInnen bedeutete dies, dass sie fast nur im informellen Sektor Arbeit finden konnten. Betroffene in Marokko haben sich als »diplômés chômeurs« organisiert und damit einer ganzen Generation junger Menschen in vielen Staaten Nordafrikas einen Namen gegeben: Arbeitslose mit Hochschuldiplom. Ohne Beziehungen in die Elite hinein bestehen kaum Chancen, einen Job zu finden.

Privatisierungen führten zu Streikwellen, weil die Menschen Angst vor Arbeitslosigkeit und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen hatten. In den bereits bestehenden industriellen Zentren wie in den neu entstehenden Fabriken und Betrieben konnten immer mehr ArbeiterInnen auf eine kämpferische Tradition zurückblicken.

Literatur/Tipps zum Weiterlesen:

Alnasseri, Sabah (2011): Die Revolutionäre ernten die Früchte selten. Der 17. Bouazizi 2010. In: Prokla 163, S. 273-294

Beinin, Joel (2001): Workers and Peasants in the Modern Middle East. Cambridge University Press

Dehler, Olaf; Jörg Kronauer (2011): Milde Diktatoren – Deutsche Interessen in Nordafrika. In: Kronauer, Jörg; Wolfgang Schneider (Hrsg.): Despoten-Dämmerung. Der Arabische Frühling, Israel und die Interessen des Westens. Konkret, Hamburg, S. 65-80

Nordhausen, Frank; Thomas Schmidt (2011): Die Rebellion des jugendlichen Mittelstandes. In: Dies. (Hrsg.): Die arabische Revolution. Ch. Links Verlag, Berlin, S. 10-14

Schmid, Bernard (2011a): Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten. Edition Assemblage, Münster

Interview

Fatma Ramadan ist Arbeitsinspektorin in Giza im Großraum Kairo. Sie ist aktiv in der CCTUWRL, einer Organisation, die sich für die Rechte und Interessen von ArbeiterInnen einsetzt und am Aufbau unabhängiger Gewerkschaften in Ägypten beteiligt ist. Fatma ist Mitglied von Tagdid, einer sozialistischen Gruppe in Ägypten, die eng mit der Socialist Workers Party in Großbritannien zusammenarbeitet. Das Interview wurde kurz nach Beginn der Revolution in Ägypten geführt.

Was waren die Ursachen der Revolution in Ägypten? Wer waren die wichtigsten AkteurInnen?

Üblicherweise gibt es zwei unterschiedliche Analysen über den Verlauf der ägyptischen Revolution. Die eine sieht darin eine Jugendrevolte, die maßgeblich über das Internet und Facebook abgelaufen ist. Diese Position ist von den meisten geteilt und negiert die Rolle, die die ArbeiterInnen gespielt haben. Die andere Position ist besonders in der radikalen Linken vertreten und spricht den ArbeiterInnen und ihren Kämpfen eine wichtige Rolle zu. Sie geht davon aus, dass die ArbeiterInnen noch die Möglichkeit haben, der politischen Revolution auch eine soziale Revolution folgen zu lassen.

Meine Position unterscheidet sich etwas davon: Ich denke, dass der revolutionäre Prozess

nicht erst mit dem »Tag des Zorns« am 25. Januar 2011 begonnen hat. Die Revolution ist das Resultat eines langen Prozesses sozialer Kämpfe in Ägypten, darunter auch die Proteste gegen den Irakkrieg und die Unterstützung für die zweite palästinensische Intifada. All das führte zur Auseinandersetzung mit dem Mubarak-Regime und zum Widerstand gegen die Übergabe der Macht an seinen Sohn.

Den erwähnten Konflikten folgten zwei wichtige Streiks: 2006 der Textilstreik von Mahallah und 2007 der Streik der kommunalen Finanzangestellten. Sie bildeten den Auftakt zu der aktuellen Revolution. Arbeitgeber, Staat und die staatliche Gewerkschaft reagierten schon damals mit Repression. Die ArbeiterInnen leisten einen wichtigen Beitrag zur Revolution. Sie sind Teil einer größeren Bewegung gegen die neoliberale Politik der Regierung. Es ist eine Bewegung mit internationaler Perspektive. Diese beiden Aspekte lassen sich nicht trennen.

Die Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz forderten nicht nur den Sturz der Diktatur, sondern auch soziale Veränderungen. In Mahallah, Suez oder Alexandria war das nicht anders. Bisher traten die ArbeiterInnen kaum als Klasse auf, sondern eher als einzelne, die sich an den Protesten beteiligten. Obwohl die Sit-ins der ArbeiterInnen beim Sturz Mubaraks eine wichtige Rolle spielten, werden die ArbeiterInnen kaum wahrgenommen. Es gab keine Organisation, um die einzelnen Proteste der ArbeiterInnen zu bündeln. Die Streikenden blieben vereinzelt und fanden noch keinen gemeinsamen Ausdruck als Klasse. Ich denke, der Aufbau einer neuen Organisation der ArbeiterInnen ist daher zentral.

Wie siehst du die aktuelle Situation?

Fathallah Mahrous von der Sozialistischen Partei Ägyptens spricht von einer Situation der doppelten Macht: auf der einen Seite die Protestierenden auf der Straße, auf der anderen Seite die Armee. Meines Erachtens muss man allerdings noch ein Element hinzufügen: die Organisierung der Arbeiterklasse. Und darauf müssen wir uns konzentrieren.

Aktuell arbeitet der Oberste Rat der Streitkräfte* mit den Kräften des alten Regimes, Konservativen und einigen liberalen Gruppen zusammen. Sie versuchen den sozialen Aspekt der Revolution in den Hintergrund zu schieben – zum einen durch eine Medienkampagne, zum anderen aber auch mit Repressionen gegen Aktivisten, z.B. Festnahmen von Protestierenden und Verurteilungen von Zivilisten vor Militärtribunalen, sowie mit neuen Gesetzen zur Kriminalisierung von Streiks. Dennoch mussten sie einigen sozialen Forderungen nachgeben.

Es besteht allerdings eine große Gefahr, derer sich die ArbeiterInnen bewusst werden müssen: Die Herrschenden wollen sie von den übrigen RevolutionärInnen abspalten. Deswegen müssen die GewerkschaftsaktivistInnen eine breitere Vision sozialer Kämpfe entwickeln und nicht nur kurzfristige Forderungen vertreten.

Wo steht die Gewerkschaftsbewegung momentan?

Wir sind in einer widersprüchlichen Situation. Auf der einen Seite stimmen die großen Mobilisierungen der letzten Wochen zuversichtlich, auf der anderen Seite gibt es kaum Erfahrungen, auf die wir zurückgreifen können. Wir kennen praktisch nur Erfahrungen mit der staatstreuen Gewerkschaft. Wie unabhängige Gewerkschaften aussehen können, wissen wir bislang kaum.

Quelle: Union Syndicale Solidaires (Hrsg.): Solidaires International, Dossier Egypte. Novembre 2011, S. 43/44, 71/72; eigene Übersetzung mit freundlicher Genehmigung der Herausgeberin

* Der Oberste Rat der Streitkräfte ist ein mit Generälen besetztes Gremium, das sich während der Revolution als politisches Organ gebildet hat. Das Militär hat in Ägypten eine besondere Position. Neben seinem enormen politischen Einfluss besitzen Militärs in Ägypten eine ganze Reihe wichtiger Unternehmen. Im Militärrat verschränken sich wirtschaftliche, politische und militärische Macht.

Von Tunis bis Kairo:

Sozialproteste als Auslöser der Revolutionen

Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten waren im Kern Sozialrevolten (vgl. Kronauer/ Schneider 2011, 8). Die Menschen begehrten nicht nur gegen autoritäre Systeme auf, sondern auch gegen miserable Lebens- und Arbeitsbedingungen. Demonstrationen und Streiks begannen nicht erst um den Jahreswechsel 2010/11, sondern haben eine teils langjährige Vorgeschichte anderer sozialer Kämpfe. Diese teils disparaten Kämpfe von ArbeiterInnen, Prekären, religiösen und liberalen Gruppen verschmolzen in den Tagen vor dem Sturz der Diktatoren in Tunesien und Ägypten zu einer klassenübergreifenden demokratischen Bewegung (vgl. Alnasseri 2011, 289). Das Ergebnis waren Massenproteste, wie es sie weltweit lange nicht mehr gegeben hatte.

Die Proteste entzündeten sich in Tunesien, ehe sie auf Ägypten übergriffen. Auslöser war die Selbsttötung des 26-jährigen Mohammed Bouazizi am 17. Dezember 2010, der sich in der zentraltunesischen Stadt Sidi Bouzid mit Benzin übergoss und anzündete.

*»Vorausgegangen waren zahlreiche Schikanen durch die örtliche Polizei. Zuletzt hatte eine Polizistin dem jungen Mann, der das Abitur gemacht hatte, aber sein Leben durch illegalen Gemüseverkauf fristen musste, seine Waren abgenommen. Bouazizi wollte sich auf dem Polizeipräsidium beschweren, wo man ihm zum Teufel schickte. Daraufhin beging er vor den Türen des Gebäudes seine Verzweiflungstat« (*Schmid 2011b, 15*).*

Wie viele andere Menschen in Tunesien arbeitete der junge Straßenhändler im informellen Sektor und war der Willkür der verschiedenen Behörden ausgeliefert.

Wenige Tage später kam es zu einer ähnlichen Tat: Der Arbeitslose Houcine Neji stürzte sich mit den Worten *»Kein Elend mehr, keine Arbeitslosigkeit mehr«* (ebd.) von einem Strommast in den Tod.

Dies waren Verzweiflungstaten von Angehörigen einer Generation, deren Angehörige auch bei guter Ausbildung keine Chance auf einen halbwegs erträglichen Job haben. Wenige Stunden danach versammelten sich jeweils ähnlich deklassierte Menschen auf öffentlichen Plätzen in Sidi Bouzid und protestierten gegen die alltäglichen Schikanen der tunesischen Polizei und gegen ihre schlechten Lebensbedingungen. Die Bewegung griff rasch auf die Hauptstadt über und breitete sich von dort auf das ganze Land aus.

Aus der sozialen Revolte wurde bald eine demokratische Massenbewegung. In der zweiten Januarwoche schloss sich der tunesische Gewerkschaftsdachverband *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT*)* den Protesten an, nicht aber dem Aufruf zum allgemeinen Generalstreik am 14. Januar gegen die Ben Alis Regime. Letzteres taten lediglich einige seiner regionalen Organisationen und Branchenverbände. In der Phase vor der Revolution entstand eine »Verquickung des Gewerkschaftsmilieus mit dem Milieu der Frauenrechtlerinnen, widerständigen Anwälte [und] linken Aktivisten« (ebd., 12).

Bernard Schmid betont, dass die Gewerkschaftsführung bis dahin unter Kontrolle des Staatsapparates stand (vgl. ebd., 16). Korruption, Ämterkauf, Repression gegen missliebige Mitglieder und materielle Vorteile für linientreue Bürokraten waren an der Tagesordnung. Lediglich einige der Branchenverbände und UGTT-Gewerkschaften standen in Opposition zum Regime, wie beispielsweise die Gewerkschaft der MedizinerInnen in den öffentlichen Kran-

kenhäusern oder Teile der UGTT-Gewerkschaft in der wichtigen Bergbauregion Gafsa.

In Folge des Generalstreiks am 14. Januar 2011 floh Ben Ali nach Saudi-Arabien. Streiks und Proteste dauerten nach seinem Sturz an. ArbeiterInnen forderten, korrupte Firmenleitungen zu entlassen und Arbeitslose einzustellen. In vielen Stadtteilen bildeten sich Stadträte, die ein breites Spektrum von Aktivitäten organisierten, von nachbarschaftlichen Eigeninitiativen bis hin zu Bürgerwehren zum Schutz vor angeblich plündernden Armen.

Längst hatten die Proteste auf Ägypten übergegriffen. Am 25. Januar 2011, dem so genannten »Tag des Zorns«, wurde zu einer ersten Demonstration in Kairo aufgerufen. Rund 15.000 Menschen nahmen daran teil, was angesichts der Millionenmetropole zwar bescheiden klingt, im Vergleich zu früheren Demonstrationen aber einen großen Erfolg darstellt; besonders weil sich die DemonstrantInnen nicht von der Polizei auseinandertreiben ließen (vgl. ebd., 28).

Das ermutigte die Menschen und gab das Startsignal für weitere Proteste, die von nun an mehrmals pro Woche stattfanden. Auf dem Höhepunkt der Proteste demonstrierten mehrere Millionen Menschen gleichzeitig an vier Orten: in Kairo, Alexandria, Suez und im Nildelta, in dem wirtschaftliche Zentren wie Mahalla al-Kubra mit seinen Textilfabriken liegen.

»Zum Kristallisationspunkt wurde alsbald der »Platz der Befreiung« (Maydan at Tahrir) in der Innenstadt von Kairo, auf dem Zehn- und mitunter Hunderttausende Menschen Tag und Nacht lagerten, campierten, protestierten, aßen, schliefen, beteten, diskutierten« (ebd.).

So wichtig der Tahrir-Platz als Ort der Revolution ist, so berechtigt ist die Kritik an der Vorstellung, er sei **der** zentrale Ort der Revolution gewesen. Hossam Al-Hamalawy (2012) sagt dazu:

»Wenn deine Bewegung auf den Platz oder die Straße beschränkt bleibt, wirst du keinen Erfolg haben. Du musst diese Bewegung von der Straße in die Betriebe und auf die Universitätscampusse bringen. Wir haben Mubarak nicht auf dem Tahrir-Platz gestürzt. Ja, Tahrir war eine heldenhafte Schlacht, eine heroische Kundgebung und Besetzung, die gewiss als einer der phantastischsten Kämpfe, die in diesem Jahrhundert stattfanden, in die Geschichte eingehen wird. Aber gleichzeitig hätte das Regime das aushalten können. Mubarak hätte noch sehr viel länger an der Macht bleiben können, wenn die Arbeiterstreiks nicht ausgebrochen wären.«

Ab dem 8. Februar kam es vermehrt zu lokalen Streiks. Diese wurden vom Gewerkschaftsdachverband ETUF weder getragen noch unterstützt. Die ETUF stand bis zuletzt treu zu Hosni Mubarak. Ähnlich wie der Dachverband UGTT in Tunesien war sie stets eng mit dem Regime verbunden, ohne dass es hier allerdings, wie in Tunesien, Strömungen innerhalb des Verbandes gegeben hätte, die sich in Opposition zum Regime positionierten.

Zunächst beschränkten sich die Forderungen auf unmittelbare Anliegen der ArbeiterInnen, verdichteten sich dann aber schnell zu politischen Forderungen bis hin zur Ausrufung eines Generalstreiks am 11. Februar. Das Regime verlor die Kontrolle, und der amtierende Präsident Hosni Mubarak floh in den bekannten Badeort Scharm el-Scheich. Zuvor hatte er in einem Fernsehauftritt angekündigt, er werde seine Regierungsvollmachten an den Vizepräsidenten übergeben. Allerdings wolle er nicht vor der für September 2011 geplanten Wahl zurücktreten. Daraufhin demonstrierten erstmals über eine Million Menschen in Kairo. Tausende zogen direkt vor den Präsidentenpalast. Mubarak sah sich gezwungen, sein Amt aufzugeben. Ein Gremium aus führenden Militärs übernahm daraufhin die Regierungsgeschäfte: der Oberste Rat der Streitkräfte (vgl. Fußnote auf S. 21).

In den folgenden Monaten stabilisierten sich die Verhältnisse in Ägypten und Tunesien, auch wenn der Machtkampf zwischen ziviler Regierung und Militärrat in Ägypten noch nicht entschieden ist. In beiden Ländern wurden demokratische Wahlen abgehalten, aus denen jeweils konservativ-islamische Kräfte als Sieger hervorgingen. Dennoch kann nicht von einem

Ende der Umbruchphase gesprochen werden. Die ArbeiterInnenbewegungen setzen sich für grundlegende Beschäftigtenrechte ein und versuchen sich als unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten aufzubauen. In Ägypten wurde der unabhängige Gewerkschaftsdachverband *Egyptian Federation of Independent Trade Unions* (EFITU) gegründet und hatte gleich ein starkes Wachstum zu verzeichnen. Er vereint mittlerweile 139 Gewerkschaften mit insgesamt über 1,6 Millionen Mitgliedern. Auf dem letzten Kongress der tunesischen UGTT setzten sich die BefürworterInnen der Revolution und die KritikerInnen an der langjährigen Zusammenarbeit mit den herrschenden Regimen durch.

In vielen Medien des globalen Nordens wurden die Revolten als Proteste einer Jugend verstanden, die endlich in der Moderne »ankommen« wolle (Nordhausen/Schmid 2011, 12). Wer eigentlich warum protestierte, spielte in den Analysen meist eine untergeordnete Rolle. Wo nicht die Anstrengung unternommen wurde, die Proteste wirklich zu verstehen, landeten sie schnell in einer Schublade: als Aufstand junger, westlich orientierter Menschen. Daher wurden die Revolutionen vielfach auch als ›Facebook-Revolten‹ beschrieben. Zweifellos war die Vernetzung via Internet wichtig, um Demonstrationen und Proteste zu planen. Gleichzeitig schuf sie ein Gegengewicht zu den staatlich kontrollierten Medien. Ohne den Schritt über die Grenzen der virtuellen Welt hinaus wäre es allerdings nicht möglich gewesen, die Herrschaftsverhältnisse umzuwerfen. Wo die Staatsmacht das Internet kappte, kamen die Proteste trotzdem nicht zum Erliegen (vgl. Schmid 2011a, 44). Sabah Alnasseri betont, letztlich hätten alle Kommunikationswege ein Potenzial, für politische Veränderungen genutzt zu werden, nicht nur Facebook (Alnasseri 2011, 280). Die These, es habe sich hier um eine Revolte junger Menschen gehandelt, hält er ebenfalls für wenig klärend. Zum einen sei ohnehin die Mehrheit der Menschen in den arabischen Ländern jung, zum anderen seien bisher alle Revolutionen in der Geschichte von jungen Menschen getragen worden. Stattdessen betont er wie Schmid die sozialen Ursachen der Revolte.

Korruption und Vetternwirtschaft waren sowohl in Tunesien als auch in Ägypten üblich. Junge, gut ausgebildete AkademikerInnen fanden oft keine Arbeitsplätze. Nur, wer loyal zum Regime stand oder über entsprechende Kontakte verfügte, konnte auf ein einigermaßen gesichertes Arbeitsverhältnis in höherqualifizierten Bereichen hoffen. Die in beiden Ländern vollzogene Privatisierung vieler Staatsbetriebe verschlechterte die Arbeitsbedingungen zahlreicher Menschen drastisch. Weite Teile der Industrie waren seitdem völlig auf die Bedürfnisse europäischer Unternehmen ausgerichtet. Die Mehrzahl der Arbeitsplätze in Industriebetrieben war nun schlecht bezahlt und niedrig qualifiziert, und produziert wurde für den Export nach Europa. Auch daher rührt die hohe Zahl diplomierter Erwerbsloser.

Die Revolten in Ägypten und Tunesien zeichneten sich durch eine besonders hohe Spontaneität aus. Kleinbürgerinnen, Intellektuelle, Studenten, Arbeitslose, Arbeiterinnen und Bauern protestierten zusammen gegen die Regime. Was in Zeiten des Protestes ihre Stärke war, droht in der Zeit danach zur Schwäche zu werden. Mangelnde Organisation erschwert ihr effektives Eingreifen in den politischen Neuordnungsprozess.

Darin liegt auch die Ursache für die relative Stärke islamischer Parteien und Gruppen in beiden Staaten. Daniel Atzor (2011, 491) weist darauf hin, dass beispielsweise die Muslimbrüder in Ägypten ein Netz von Krankenhäusern, Schulen und gemeinnützigen Aktivitäten geknüpft haben und als politische Kraft anerkannt wurden. Und weiter:

»Die Protestbewegungen in Ägypten und anderswo bezahlen jetzt ihre mangelnde organisatorische und ideologische Vorbereitung. Ihr flüssiger und spontaner Charakter droht sich in dem Moment in einen Nachteil zu verwandeln, in dem es darum geht, eine neue gegenhegemoniale Herausforderung zu artikulieren und eine wirkliche Alternative vorzuschlagen« (ebd., 492).

Die gut organisierten und mittlerweile regierenden konservativen Kräfte hetzen sowohl in Ägypten als auch in Tunesien gegen die Forderungen der ArbeiterInnen. Bereits kurz nach Ende des Mubarak-Regimes erließ der regierende Oberste Rat der Streitkräfte ein Dekret, das Streiks und Demonstrationen kriminalisierte. In den ersten Monaten blieb es faktisch ohne Anwendung, weil die Streiks und Proteste der ArbeiterInnen zu mächtig waren, aber schon Mitte vergangenen Jahres wurden fünf Arbeiter auf Bewährung verurteilt. Forderungen der ArbeiterInnen werden als Interessen einer kleinen Minderheit zu Lasten der Allgemeinheit dargestellt. Dabei hat sich gerade für die Mehrheit der Bevölkerung die soziale Situation kaum verändert. Prekäre AkademikerInnen, NiedriglöhnerInnen, Erwerbslose und informell Beschäftigte sind immer noch zahlreich.

Ursache für die Ächtung der Proteste der ArbeiterInnen ist eine bemerkenswerte Verbindung wirtschaftlicher Interessen einheimischer und europäischer Unternehmer mit bestimmten Vorstellungen des politischen Islam. Dieser sieht die Lösung aller sozialen Probleme in der »Moralisierung der Gesellschaft« (Schmid 2011a, 22). So könne soziale Ungerechtigkeit und Korruption bekämpft werden – und nicht durch Eigeninitiative und Widerstand der ArbeiterInnen. Damit steht er zumindest nicht in Gegnerschaft zu den Interessen der Unternehmen. Niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen sorgten für ein gutes Investitionsklima. 2010 lobte das Auswärtige Amt Tunesien für seine in der Region unerreichte soziale und wirtschaftliche Stabilität (vgl. Dehler/Kronauer 2011, 76). Proteste der ArbeiterInnen werden hingegen als Gefahr für die jeweiligen Verwertungsbedingungen betrachtet. Ähnliches geschieht in Ägypten. So haben deutsche Unternehmerverbände sowie die Bundesregierung unmittelbar nach Mubaraks Rücktritt damit begonnen, Druck auf Kairo auszuüben, die guten Verwertungsbedingungen für deutsche Unternehmen zu sichern. Solche Forderungen richten sich indirekt gegen die Protestierenden, auch wenn diese in der Öffentlichkeit stets hofiert werden (vgl. ebd., 80).

Die Rolle des Islam in der Revolution

Zu Beginn der Revolten wurde in vielen Kommentaren die Befürchtung geäußert, diese würden letztlich nur islamistischen Kräften den Weg zur Macht ebnen. Dabei ist der politische Islam ein vielfältiges, widersprüchliches Phänomen, auch wenn viele Kritiker so tun, als könne alles eindeutig aus dem Koran abgeleitet werden. Bernard Schmid (2011a, 21) analysiert den Islamismus als Projekt der Moderne, entstanden in den 1920er/30er Jahren. Lediglich der besonders reaktionäre, in Saudi-Arabien vorherrschende Wahabismus ist älter. Den Kern des politischen Islam bildet die Auffassung, durch die ›Moralisierung‹ der Gesellschaft könnten alle sozialen Probleme gelöst werden. Diese Moralisierung zu erreichen, wird mit unterschiedlichen Mitteln versucht: mittels Repression und Gewalt wie im Iran oder Saudi-Arabien oder über die Durchsetzung konservativer Gesellschaftsvorstellungen wie in der Türkei. Mit wenigen Ausnahmen, etwa den afghanischen Taliban, sind Frauen Teil der islamischen Bewegungen. Die Dynamik dieser Bewegungen resultiert aus dem Scheitern anderer Alternativen, z.B. des militärischen Na-

tionalismus unter Nasser u.a. oder sozialistischer Projekte.

Schmid versteht den Islamismus als rückwärtsgewandten Antikolonialismus und gebrochenen Konservatismus, dem gleichzeitig die »Aura einer Widerstandsbewegung« anhaftet (ebd., 24). So war es s.E. nicht selbstverständlich, dass islamische Kräfte gemeinsam mit anderen AkteurInnen gegen die Regime demonstrierten. Weder lösten Islamisten die Proteste aus, noch kanalisierten oder beherrschten sie diese. Stellenweise standen und stehen sie sogar im Widerspruch zu den revolutionären Bewegungen.

In Ägypten wollte sich die Führung der Muslimbrüder zunächst nicht an den Protesten beteiligen. Die jüngeren Aktivisten drängten jedoch darauf, was sich schließlich für das Gelingen der Revolte als wichtig erweisen sollte. Die Muslimbrüder organisierten die soziale Infrastruktur der Proteste auf dem Tahrir-Platz. Gleichzeitig war die Beteiligung an den Protesten eine ideologische Herausforderung für sie, weil die Geschlechter dort gleichberechtigt nebeneinander protestierten. Während der Proteste spaltete sich ein bürgerlich-liberaler Teil ab. Der konservative Flügel der Muslimbrüder hingegen radikalisierte sich und brach letztlich mit der Protestbewegung.

Damit die in der Revolution mühsam erkämpften Freiheiten nicht durch eine Machtverschiebung zugunsten radikalislamischer Kräfte wieder zunichte gemacht werden, muss an dieser Spaltungslinie innerhalb der des politischen Islam angesetzt werden. Dazu, so die Redaktion der *Graswurzelrevolution* im Mai diesen Jahres, sei eine Auseinandersetzung mit den islamistischen Milieus vonnöten. Dazu gehört die Bereitschaft zur Differenzierung sowie das Akzeptieren der Tatsache, dass die bloße Nachahmung der westlich-kapitalistischen Lebensweise angesichts einer Geschichte von Jahrhunderte dauernder wirtschaftlicher und kultureller Ausbeutung durch die Kolonialmächte für die Menschen der Länder Nordafrikas keine attraktive Perspektive bieten kann. Es lohnt sich, stattdessen nach emanzipatorischen und gewaltfreien Traditionen Ausschau zu halten, die es im islamischen Kulturraum vielfach gibt (z.B. die Arbeiten von

Mahmud Taha, Abdul Ghaffar Khan, das Palästinensische Zentrum für Gewaltlosigkeit in Palästina usw.), und diese gegen die dominanten, teils gewaltbejahenden Strömungen des Islam stark zu machen.

Jetzt, im Herbst 2012, zeichnen sich in Tunesien und Ägypten immer deutlicher Konflikte zwischen den regierenden islamisch-konservativen Parteien und den deutlich radikaleren Salafisten ab. Rachid Ghannouchi, Chef der islamisch-konservativen Regierungspartei Ennahda in Tunesien, erklärte die Salafisten zu einer Gefahr für Sicherheit und Freiheit des Landes (vgl. El-Gawhary 2012). Ähnliche Konflikte kommen auch auf die regierenden Muslimbrüder in Ägypten zu: Präsident Mohammed Mursi könne sich nicht einerseits staatsmännisch geben und anderseits zusehen, wie die Salafisten versuchten, der Gesellschaft ihre mittelalterlichen Vorstellungen aufzudrücken (ebd.).

Literatur/Tipps zum Weiterlesen:

Al-Hamalawy, Hossam (2012): »Nicht der letzte Aufstand«. Die Rolle der Arbeiterklasse in der ägyptischen Revolution wird von internationalen Medien weitgehend ausgeblendet. Ein Gespräch. In: Junge Welt, 22. Mai. www.ag-friedensforschung.de/regionen/Aegypten/arbeiter2.html

Alnasseri, Sabah (2011): Revolutionäre ernten die Früchte selten. Der 17. Bouazizi 2010. In: Prokla 163, S. 273-294

Atzor, Daniel (2011): Gramsci und die arabischen Frühlinge. In: Das Argument 293, S. 491-493

Dehler, Olaf; Jörg Kronauer (2011): Milde Diktatoren – Deutsche Interessen in Nordafrika. In: Kronauer, Jörg; Wolfgang Schneider (Hrsg.): Despoten-Dämmerung. Der Arabische Frühling, Israel und die Interessen des Westens. Konkret, Hamburg, S. 65-80

El-Gawhary, Karim (2012): Aufruhr gegen Salafisten. In: die tageszeitung vom 23.09.2012

Kronauer, Jörg/Schneider, Wolfgang (2011): Vorwort. In: Dies. (Hrsg.): Despoten-Dämmerung. Der Arabische Frühling, Israel und die Interessen des Westens. Konkret, Hamburg, S. 7-14

Nordhausen, Frank/Schmid, Thomas (2011): Die Rebellion des jugendlichen Mittelstandes. In: Dies. (Hrsg.): Die arabische Revolution. Ch. Links Verlag, Berlin, S. 10-14

Schmid, Bernard (2011a): Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten. Edition Assemblage, Münster

Schmid, Bernard (2011b): Kein Elend mehr! Die Revolten in Nordafrika. In: Kronauer, Jörg; Wolfgang Schneider (Hrsg.): Despoten-Dämmerung. Der Arabische Frühling, Israel und die Interessen des Westens. Konkret, Hamburg, S. 15-32

Interview

Gafsa: Ben Alis Polizei kann Proteste nicht stoppen – seine Partei auch nicht

Adnan Birbaoun (Name geändert) ist Lehrer und langjähriger Aktivist im Gewerkschaftsbund UGTT. Er stammt aus Gafsa und lebt heute in Tunis. Am Telefon präsentierte er im April 2008 seine Sichtweise auf die Proteste, die gerade in Gafsa stattfanden und Vorläufer der Revolution waren.

Haben die Aktionen der Polizei Wirkung auf den Protest gezeigt?

Ja natürlich haben sie – das sind ja keine Politprofis, die vielen Tausend die da protestieren, die haben ja nicht unbedingt damit gerechnet, dass sie verfolgt, verhaftet, geschlagen werden. Das sind erst mal einfach Menschen, die wegen ihrer Lage protestieren – und natürlich bekommen sie Angst, wenn uniformierte Terroristen auf sie einprügeln. Auf der anderen Seite, und vor allem, muss man sehen – trotzdem gehen die Proteste weiter, immer weiter – sie überwinden ihre Angst.

Der Süden Tunesiens, das sind Phosphatminen, das wurde doch einmal als der Reichtum Tunesiens bezeichnet, warum jetzt diese Armutsproteste?

Zum einen generell: Ich kann es nicht mehr hören – Tunesien ist eigentlich reich, Algerien, Marokko, Niger und Tschad und Nigeria und Südafrika sowieso, alle sind eigentlich reich, aber eigentlich ist

auch Kapitalismus und der verhindert, dass das real ist. Und dann wurde hier genauso vorgegangen wie überall, rationalisiert, entlassen und so weiter – und wer arbeitet, ist trotzdem arm.

Spricht man in Tunesien über diese Proteste?

Hinter vorgehaltener Hand überall, öffentlich natürlich nicht – es gibt sie ja nicht. Zeig mir einen einzigen Bericht darüber, der auch nur einen Anflug von Realität hat – weder in den Zeitungen, noch gar im Fernsehen, in Aliland geht alles voran. Was sich jetzt zeigt, ist dass die Regierung mit ihrer jahrelangen Verfolgung von Netzaktivisten Recht hatte.

Wie das?

Nun die stören und zwar gewaltig – jetzt gibt es das erste Mal so etwas wie eine Art Bündnis zwischen den Bloggern und den arbeitenden Menschen – in den Blogs kannst Du alles über die Proteste lesen, was die unterwürfige Journaille nicht bringt, alles. Deswegen gibt es da auch wieder Festnahmen, aber es tauchen immer neue auf. Das könntet Ihr ruhig mal bringen, wer sich dafür interessiert kann viel erfahren, auch auf Französisch, nicht nur arabisch.

Festnahmen gab es ja auch bei den Protesten – was ist damit?

Ja sie haben unter anderen Adnan Haji verhaftet, ein ganz langjähriger Funktionär und Aktivist – das muss man bei der UGTT immer besonders sagen, das ist nicht selbstverständlich, Funktionär und Aktivist – der Lehrergewerkschaft, seine Frau macht einen Hungerstreik vor dem Gewerkschaftsbüro, die UGTT traut sich wieder mal nicht recht, obwohl man sagen muss, dass sich in den letzten Jahren dann doch an der Basis etwas bewegt hat.

Und wie ist die Situation in Gafsa, wie war es für Dich, sozusagen nach Hause zu kommen?

Nun Gafsa ist weit weg von Tunis, selbst im kleinen Tunesien. Ich war länger nicht dort, aber die freundliche Stadt von einst ist es nicht mehr – die

Minengesellschaft CPG steht eventuell vor dem Aus und das kratzt am Selbstverständnis, anderswo gibt es auch Menschen die sagen so, jetzt bekommen es die auch mal ab – Tunesien ist vielfach gespalten, nicht ethnisch, sondern in Ermangelung regional: die Sfax-Mafia – da kommt unser Oberster her – war bei den Protesten immer auch ein Thema. Und man kann regelrecht sehen, dass die Stadt, die Menschen ärmer geworden sind. Auf der anderen Seite gibt es auch ein paar Traditionen in Gafsa – gute wie schlechte. So wurde eine Demonstration für den Herrn Ali organisiert, er solle sich bitte zur Wiederwahl stellen – und natürlich gab es für die Teilnahme auch Geldgeschenke, aber das war nicht das wesentliche.

Sondern?

Die schlechte Tradition dass jene Schichten, die man anderswo wohlhabenden Mittelstand nennen würde, die aber natürlich auch von ihnen abhängige und beeinflusste Menschen mobilisieren, hier immer ganz besonders unterwürfig waren – und sind, sie haben diese Demonstration organisiert. Auf der anderen Seite – auch das könnt Ihr in diversen Blogs lesen, falls sie noch nicht verboten wurden – war der Sekretär der Regierungspartei hier, um gut Wetter zu machen und musste fluchtartig abreisen, das ist die gute Tradition hier, dass im Unterschied zur Mittelschicht das einfache Volk, bei allen seinen Schwächen immer einen Schuss Antiautoritarismus hatte und hat – und einen Sinn fürs Lächerliche.

Und wie siehst Du die weiteren Perspektiven?

Nun, die Revolte dauert jetzt schon drei Monate, mal mehr, mal weniger, aber immer da, permanent. Zusammengebraut hatte sie sich schon viel länger. Die Polizeistaatsmethoden haben bisher wenig gefruchtet. Ich denke, die Herrschenden werden einstweilen versuchen, weiterzumachen wie bisher: ein paar kleinere Zugeständnisse diskutieren, dann vielleicht auch machen, die wichtigen Leute der Bewegung einsperren und darauf hoffen, es verlaufe sich.

Und? Klappt das?

Bisher hat es meist geklappt, diesmal gibt es ein paar Faktoren, die es fraglicher machen. Die Breite und Dauer der Protestbewegung beispielsweise, und auch das erwähnte sozusagen Bündnis, denn ein traditionelles Problem in Tunesien ist das Nebeneinander von verschiedenen Protesten. Wenn es gelingt, das ein Stück weit aufzuheben, Menschen zusammenkommen, die noch nie zusammen waren – und ein wesentlicher Verknüpfungspunkt dabei ist die Tatsache, dass überall ganz viele Jugendliche und junge Leute beteiligt sind – wenn es sich so entwickelt, dann allerdings könnte es anders ausgehen.

Quelle: www.labournet.de/internationales/tn/gafsarevolte.html

ArbeiterInnenbewegung und die Revolutionen in Tunesien und Ägypten

In der Berichterstattung über die Revolutionen in Tunesien und Ägypten spielen die Streiks und militanten Kämpfe der ArbeiterInnen vor, während und nach der Revolte eine untergeordnete Rolle. Gemeinhin gelten die Revolutionen als Aufstände einer westlich orientierten Jugend, die gegen mangelnde Zukunftsperspektiven und für politische Freiheiten protestiert hat. Werden die Proteste der ArbeiterInnen überhaupt einmal erwähnt, lautet das Resümee häufig, sie hätten keine Rolle gespielt, da sie entweder zu unorganisiert oder ihre Gewerkschaften zu staatstragend gewesen seien, um die Revolutionen zu beeinflussen.

Nach Ansicht von Joel Beinin (2001, 154) führt diese Orientierung dazu, die Bedeutung kollektiver Aktionen von regionalen Gewerkschaftshauptamtlichen und einfachen ArbeiterInnen zu unterschätzen. Die Auswirkungen ihrer Aktionen sind zwar schwer zu erfassen, weil sie nicht Gegenstand der medialen Berichterstattung sind und die AkteurInnen weniger leicht zu erreichen sind als beispielsweise Blogger. Dennoch haben diese Proteste Auswirkungen und verändern die Geschichte. Hannah Wettig (2011, 38) stellt sogar fest, in vielen Ländern seien die »Demokratiebewegungen durch Streiks für höhere Löhne erst in Gang gekommen.«

Die Streiks haben allerdings nicht erst kurz vor der Revolution begonnen. Vielmehr gab es im Verlauf der letzten Jahrzehnte in Ägypten und Tunesien jeweils mehrere Streikwellen und

Auseinandersetzungen um die Rechte der ArbeiterInnen, ohne die die Revolutionen nicht denkbar gewesen wären. Die Auseinandersetzungen basierten auf der wachsenden Bedeutung der ArbeiterInnen in beiden Staaten (vgl. Alnasseri 2011, 290). In Ägypten wurden mehrere Freihandelszonen und Ansiedlungen für russische Unternehmen geschaffen. China, Brasilien, die Türkei, die zentralasiatischen Republiken und die Emirate am Golf investierten in einer Reihe von Branchen: in der verarbeitenden Industrie, der Informatik, der Infrastruktur ebenso wie im Ölsektor und im Immobiliengeschäft. In Tunesien wurde eine Textilindustrie auf- und stetig ausgebaut, die für den Export in die europäischen Märkte produziert, sowie eine Zulieferindustrie für die globale Autobranche. Daran sind viele deutsche Unternehmen beteiligt. In beiden Ländern bildeten Fabrik- und Heimarbeit die Basis dieser Entwicklung.

Bei den Streiks im Vorfeld der arabischen Revolutionen ging es nicht nur um bessere Arbeitsbedingungen. Die ArbeiterInnen opponierten immer wieder gegen staatstragende Gewerkschaften – sowohl der ägyptische als auch der tunesische Gewerkschaftsdachverband waren schließlich in weiten Teilen eng mit dem jeweiligen Regime verbunden – und forderten das Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Organisierung. Teilweise konnten sie sich damit durchsetzen, indem bspw. regionale Gewerkschaften dem Dachverband mehr Unabhängigkeit abtrotzten. Diese Auseinandersetzungen machen deutlich, dass die ArbeiterInnen nicht nur unmittelbare ökonomische Forderungen stellten. Ihr Kampf für unabhängige Interessenvertretung brachte sie vielmehr auf eine gemeinsame Linie mit Forderungen nach politischen Reformen, Demokratie und Freiheit. Dass es den Revolutionen in Tunesien und Ägypten letztlich gelungen ist, die Diktatoren zu stürzen, hing wesentlich damit zusammen, dass sich die Proteste der ArbeiterInnen gemeinsam mit den Protesten der Mittelschicht zu einer demokratischen Massenbewegung entwickelten. Im Vorfeld der Revolutionen waren die sozialen Spannungen in beiden Ländern stark angewachsen. Junge, gut ausgebildete Menschen, zumeist mit Abitur oder Studium, konnten trotz ihrer qualifizierten Abschlüsse keine Lohnarbeit finden. *Diese diplômés chômeurs* (vgl. Schmid 2011a, 9f.) sowie die prekär im informellen Sektor Beschäftigten waren immer zahlreicher geworden, und auch innerhalb der Regime hatten die Spannungen zugenommen (vgl. Alnasseri 2011, 276). Die Streiks der ArbeiterInnen trugen nun dazu bei, ein widerständiges gesellschaftliches Klima zu schaffen, setzten die Regime mehr und mehr unter Druck und konnten Zugeständnisse erzwingen. Sie waren zentraler Bestandteil einer Entwicklung, die sich in den Revolutionen zuspitzte.

Grundstein der Revolte in Tunesien: Streiks im Bergbau und öffentlichen Dienst

Der tunesische Gewerkschaftsdachverband *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT) war mittels einer »Mischung aus Korruption, Ämterkauf, Repression gegen missliebige Mitglieder oder Gewerkschaftsfunktionäre sowie materiellen Vorteilen für linientreue Bürokraten« (Schmid 2011c, 41) eng mit dem Regime des Diktators Ben Ali verbunden gewesen. Dennoch hatte sich in Teilen des Verbandes eine Kultur und Praxis des Widerstands erhalten, die teilweise in seiner Geschichte als wichtiger Akteur im antikolonialen Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich gründet. Ebenso bedeutend sind Streiks einzelner UGTT-Gewerkschaften sowie die Geschichte unabhängiger Streiks, die stets auf den Apparat zurückgewirkt haben.

In den 1970er Jahren wehrten sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen Privatisierungen und Reallohnverlust. Besonders aktiv waren die Gewerkschaften der Telekommunikations- und Postbeschäftigten sowie der LehrerInnen und MedizinerInnen. Deren Branchen waren besonders von den von oben verordneten neoliberalen Umbauprogrammen betroffen. Viele der Beschäftigten waren zudem politisierte

AktivistInnen einer tunesischen Studierendenbewegung, die teils enge Kontakte zu kommunistischen Organisationen unterhielt.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst führten eine Reihe nicht von der UGTT getragener Streiks durch und setzten so die Gewerkschaftsführung unter Druck. Sie konnten eine Änderung des Personaltableaus der Gewerkschaft erkämpfen. Die Proteste gipfelten 1978 in einem Generalstreik gegen steigende Nahrungsmittelpreise, der von der armen Stadtbevölkerung unterstützt wurde. Der IWF knüpfte weitere Kredite an den Abbau von Subventionen. Das hatte heftige Auseinandersetzungen zur Folge, und teilweise konnten die Protestierenden ihre Forderungen durchsetzen. Das Regime unterdrückte den Protest und sperrte unabhängige Führungskräfte der UGTT ein. Ben Ali verschärfte nach seiner Machtübernahme 1987 den neoliberalen Reformkurs noch. Proteste und Streiks nahmen in den folgenden Jahren zu, wurden aber meist ohne Unterstützung der UGTT von BasisaktivistInnen organisiert. Letztlich konnten sie den neoliberalen Umbau der tunesischen Gesellschaft nur verlangsamen.

Doch nicht nur im öffentlichen Dienst regte sich Widerstand gegen das Regime, die prekären Arbeits- und Lebensbedingungen und die staatsnahe Gewerkschaftsführung. In der Phosphatbergbauregion Gafsa, einem Zentrum der tunesischen Arbeiterbewegung, kam es immer wieder zu Streiks. Die Bergleute beteiligten sich an den landesweiten Streiks der 1970er und 80er Jahre. Zahlreiche Proteste wandten sich gegen die Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, denn trotz der Bedeutung des Bergbausektors herrschte in der Region hohe Arbeitslosigkeit. Mit Demonstrationen und Betriebsbesetzungen wehrten sich die Beschäftigten gegen die schlechten Arbeitsbedingungen. Die regionale und die nationale UGTT-Führung verurteilten die Proteste, an deren Organisation lokale GewerkschafterInnen jedoch zentral beteiligt waren. Die Familien der Bergleute unterstützten die Proteste, und die Witwen der bei Minenunglücken getöteten Kumpel blockierten Zuwege.

Aus dieser widerständigen Praxis, den Besetzungen und Regelübertritten entwickelte sich nach und nach das Potenzial, das sich später in

Infoblock: Gafsa

Gafsa gilt als ein Brennpunkt der tunesischen ArbeiterInnenbewegung. Die 85.000 EinwohnerInnen zählende Stadt ist Hauptstadt der gleichnamigen Region im Süden Tunesiens, die mit ihren Phosphatminen ein wirtschaftliches Zentrum des Landes darstellt. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch: Rationalisierungsmaßnahmen, Ausbeutung und niedrige Löhne sichern den Wohlstand einer kleinen Unternehmerkaste und zementieren die Armut weiter Teile der Bevölkerung. Immer wieder kam es hier zu Streik- und Protestbewegungen. Im März 1937 wurde ein Bergarbeiterstreik blutig niedergeschlagen. 17 Bergleute wurden getötet. 1978 gab es eine große Streikbewegung, 1980 einen lokalen bewaffneten Aufstand für den Sturz des damaligen Staatspräsidenten. 1984 griffen von Gafsa so genannte Brotunruhen auf das ganze Land über, als sich der Brotpreis auf ›Vorschlag‹ des IWF, die Subventionen für Brot und Getreide zu streichen, verdoppeln sollte.

Zuletzt wurden 2008 im Rahmen einer regionalen Streikbewegung Firmengebäude und Gebäude des Gewerkschaftsverbandes UGTT besetzt, wobei viele UGTT-AktivistInnen in der Region gegen den staatstragenden Apparat Front machten. Oppositionelle GewerkschafterInnen organisierten den Protest, Bergleute streikten und Witwen verunglückter Kumpel blockierten Werkszufahrten. Die Bewegung richtete sich gegen soziale Ungerechtigkeit, Perspektivlosigkeit und Umweltzerstörung. Der Aufstand wurde gewaltsam niedergeschlagen. Diese Ereignisse gelten in der tunesischen Oppositionsbewegung als ein Keim der Revolution von 2010/11. Adnan Birbaoun verweist auf den »Antiautoritarismus« und den »Sinn fürs Lächerliche«, der den Protesten innewohnte (siehe dazu das Interview mit ihm auf S. 28ff.). Er sieht darin die Stärke der Menschen, sich nicht leichtfertig in den Staat einbinden zu lassen. Die Proteste 2008 zeichneten sich besonders durch ein Bündnis kritischer BloggerInnen und ArbeiterInnen aus. So wurde der Protest jenseits regimetreuer Berichterstattung über die Region hinaus bekannt.

den Streiks zum Sturz des Regimes entfaltete. Die Proteste funktionierten zugleich als Erfahrungsaustausch über die eigenen Lebensbedingungen und als Selbstermächtigung gegen die bleierne Ruhe des tunesischen Polizeistaats. Innerhalb bzw. am Rande der UGTT entstand eine neue Gewerkschaftslinke, die auch durch die Bewegung gegen den Irakkrieg von 2003 beflügelt wurde. Basisgewerkschaften organisierten notdürftige Unterstützung für die nicht von der UGTT getragenen Streiks, in anderen Fällen AktivistInnen der tunesischen Liga für Menschenrechte oder des Attac-Ablegers Raid. 2004 regte sich zudem innerhalb der UGTT erstmals Widerstand gegen die Wahlempfehlung für Ben Ali. In Gafsa entstand eine Protestbewegung gegen Rationalisierungsmaßnahmen in den Phosphatminen. Im Januar 2008 brachen in der Region massive Streiks los, denen das Regime sofort mit Repression begegnete. Dennoch protestierten die Menschen weiter, und jetzt zogen Angehörige der Mittelschicht und streikende ArbeiterInnen erstmals am selben Strang. Anlass war der Versuch, eine Berichterstattung über die Ereignisse zu ermöglichen, die nicht der Linie der regimetreuen Presse folgte. Das neue Bündnis zwischen BloggerInnen und ArbeiterInnen sorgte dafür, dass diese Proteste langlebiger waren als die bisherigen.

An der Streik- und Protestbewegung um den Jahreswechsel 2010/11, die schließlich den Sturz Ben Alis einleitete, beteiligte sich die UGTT zunächst nicht. Erst von der zweiten Januarwoche an war sie in der Protestbewegung vertreten, rief aber entgegen anders lautender Gerüchte nicht zum Generalstreik am 14. Januar auf. Dies taten lediglich einige ihrer Branchenverbände und regionalen Gewerkschaften (vgl. Schmid 2011b, 16), z.B. die Gewerkschaften der LehrerInnen, der MedizinerInnen, des Post- und Fernmeldewesens sowie der Region Gafsa. Bernard Schmid (ebd., 17) spricht von einer »Verquickung des Gewerkschaftsmilieus mit den Milieus von Frauenrechtlerinnen, widerständigen Anwälten und linken Aktivisten«, die zur Herausbildung einer Art »Gegengesellschaft« geführt habe.

Die Proteste haben die tunesische Gewerkschaftslandschaft verändert. Zum einen sind mittlerweile neue Gewerkschaften entstanden, z.B. der Verband *Union Tunisienne des Travailleurs de Tunisie* (UTT), zum anderen verschoben sich die Machtverhältnisse innerhalb der UGTT. Auf dem Gewerkschaftskongress im Dezember 2011 wurden Delegierte der beiden Lehrergewerkschaften, die maßgeblich an Ben Alis Sturz beteiligt gewesen waren, in den Vorstand gewählt. Auch Gewerkschafter aus den Phosphatminen von Gafsa sind im neuen Vorstand vertreten. Allerdings hat auch der einstige, langjährige UGTT-Vorsitzende, stets strammer Gefolgsmann des Ben-Ali-Regimes, wieder einen Sitz im neuen Vorstand.

Zentral wie umstritten ist die Frage, wie sich die UGTT nach der Revolution verhalten soll. Konservative Kreise fordern von den Gewerkschaften und Beschäftigten »Beiträge zum Wiederaufbau« – also Lohnkonzessionen und Streikverzicht. Der neue Gewerkschaftsverband UTT lehnt das strikt ab. Es zeichnet sich eine Auseinandersetzung darum ab, ob sich die Gewerkschaften nach Ben Ali zu einer eigenständigen Interessenvertretung der Beschäftigten entwickeln können oder erneut in das System ›integriert‹ werden.

Parallel zur Auseinandersetzung um zukünftige Organisationsformen für die Beschäftigten fanden und finden im ganzen Land teilweise heftige Streiks statt. Nach dem Sturz Ben Alis forderten die ArbeiterInnen die Absetzung der mit dem gestürzten Regime verbundenen BetriebsleiterInnen – weniger aufgrund rätedemokratischer Vorstellungen als in dem Wunsch, das Personal der Diktatur aus Machtpositionen zu entfernen und die Korruption einzudämmen (vgl. Schmid 2011a, 13). Werke wurden blockiert und Führungskräfte festgesetzt. Die Unternehmensleitungen bemühten sich nach Kräften, die Streiks zu befrieden, um die Rolle Tunesiens in der internationalen Arbeitsteilung als »verlängerte Werkbank Europas« (Dietrich 2011) nicht zu gefährden.

Bei der tunesischen Telekom erreichten die ArbeiterInnen die Zusage, dass 53 von 63 besonders belasteten Managern abgelöst werden. Bei einem der größten tunesischen Wirtschaftsunternehmen, der Poulina Group Holding, erkämpften die Beschäftigten durch Streiks stattliche Lohnerhöhungen. Bei dem wichtigen Chemieunternehmen Groupe Chimique Tunesien erstreikten die ArbeiterInnen die Neueinstellung von 3.500 jungen Arbeitslosen. Zu die-

Infoblock unabhängige Gewerkschaften (Tunesien):

In Tunesien wurde im Sommer 2011 die Gewerkschaft *Union Tunisienne des Travailleurs de Tunisie* (UTT) gegründet, die dem alten Dachverband *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT) die Gefolgschaft verweigert. Sie tritt bisher kompromissloser auf und lehnt Zugeständnisse der ArbeiterInnen an Unternehmen und Staat ab, die von der neuen Regierung eingefordert werden, da diese Lohnverzicht bedeuten würden. Dennoch ist die UGTT weiterhin der dominante Dachverband. Dort kämpfen derzeit die BefürworterInnen einer unabhängigen, kämpferischen Strategie gegen die Unterstützer des Ben-Ali-Regimes um Mehrheiten und hatten damit einem Bericht des französischen Gewerkschaftsverbandes *Solidaires* zufolge auf dem Gewerkschaftskongress im Dezember 2011 Erfolg. Unterstützer Ben Alis wurden abgewählt, auch wenn einer von ihnen, der langjährige Vorsitzende, in einer führenden Vorstandsposition bestätigt wurde. VertreterInnen der UGTT -Gewerkschaft aus Gafsa sowie der Gewerkschaften, die stark am Sturz Ben Alis beteiligt waren, wurden jedoch ebenfalls auf wichtige Vorstandsposten gewählt. Zudem ging von dem Kongress ein deutliches Bekenntnis aus, Gewerkschafts- und Streikrechte gegen Angriffe jeglicher Art zu verteidigen. Problematisch ist, dass Frauen in den neuen Führungsstrukturen deutlich unterrepräsentiert sind, obwohl 47 Prozent der Mitglieder Frauen sind.

Bericht

Ägypten: Arbeiterinnen erheben ihre Stimme – Revolution in den Krankenhäusern

»Unabhängige Gewerkschaften halten uns zusammen«

Fatma Zahra'a Abd-al-Hamid vertritt ihre Gewerkschaft im Manshiyet al-Bakri-Krankenhaus in einem Vorort Kairos. In dem Krankenhaus werden etwa 1.000 Patientinnen und Patienten behandelt. Kurz nach der Revolution gründeten die Beschäftigten eine unabhängige Gewerkschaft für alle: vom Empfangspersonal bis zu den Ärzten. Die Gewerkschaft kämpfte erfolgreich für die Absetzung des korrupten Managements und organisierte die Wahl einer neuen Leitung. Fatma berichtet am 27. Oktober 2011 über ihre Arbeitsbedingungen und ihr Engagement in der Gewerkschaft.

Ich vertrete die befristet Beschäftigten. Nach der Revolution veränderte sich einiges: Wir hatten jetzt das Recht, eine eigene, unabhängige Gewerkschaft im Krankenhaus zu gründen. Einer der Ärzte hatte die Idee, die wir dann überall im Krankenhaus verbreitet haben: bei den ÄrztInnen, den KrankenpflegerInnen, den technischen Angestellten, in der Verwaltung – sowohl bei den fest als auch bei den befristet Angestellten.

Ich arbeite in der Verwaltung als Befristete. Alle 55 Tage bekomme ich einen neuen Vertrag. Ich verdiene 7 Pfund am Tag (7 ägyptische Pfund entsprachen zum Zeitpunkt der Aufzeichnung dieses Berichts 0,85 Euro; d.Red.) für eine Schicht von 8:30 bis 14 Uhr. Als Sekretärin in der Klinikverwaltung dokumentiere ich, wann die ÄrztInnen ihren Dienst beginnen und beenden.

Natürlich versuchen wir, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Der alte Krankenhauschef war so korrupt, dass wir ihn loswerden und einen Neuen einsetzen mussten. Nun kämpfen wir dafür, dass wir als Befristete eine Krankenversicherung bekommen. Bisher haben wir keine, werden das Problem aber hoffentlich bald gelöst haben. Viele Beschäftigte hatten noch nicht einmal Arbeitsverträge. Das haben wir mittlerweile geändert. Es kam auch vor, dass befristet Beschäftigte nicht gut behandelt wurden. Wir haben uns beim Management beschwert, und jetzt ist es viel besser geworden. Wir versuchen also, den Standard für alle zu erhöhen.

Ich habe keinen Urlaubsanspruch. Das fordern wir jetzt ein. Wir wollen Verträge für ein Jahr oder ohne Befristung, die aus dem regulären Krankenhausbudget bezahlt werden. Momentan wird z.B. meine Stelle über externe Mittel bezahlt.

Der Chef der Finanzabteilung hat mich immer wieder beleidigt und bedroht. Ich habe mich an die Gewerkschaft gewandt und wir haben eine offizielle Beschwerde beim Management gemacht. Der Gewerkschaftskollege hat mich unterstützt und durch meinen Fall begleitet. Am Ende wurde der Chef der Finanzabteilung für drei Tage suspendiert – und das, obwohl er seit über 25 Jahren im Krankenhaus arbeitet und einen Leitungsposten hat. Ich arbeite erst seit einem Jahr hier, aber die Gewerkschaft hat mir zu meinem Recht verholfen. Sie macht meine Stimme lauter und die Arbeitswelt demokratischer. Deshalb bin ich Gewerkschaftsmitglied.

In der Revolution wurde uns klar, wie wichtig Demokratie ist. Ich will beim Aufbau einer demokratischen Gewerkschaft mitarbeiten. Wir sprechen mit den Kollegen über die Gewerkschaft und versuchen sie für uns zu gewinnen, auch in anderen Betrieben. Sobald es irgendwo 70 Mitglieder gibt, wählen wir fünf VertreterInnen, von denen uns eine/r bei lokalen Gewerkschaftstreffen vertritt. Mittlerweile gibt es Gewerkschaften für alle Berufe. Sie sind alle bei den Treffen vertreten. Unabhängige Gewerkschaften halten alle zusammen. Bei den Treffen sitzen alle Berufsgruppen gleichberechtigt beieinander. Das ist ein großer Zugewinn im Hinblick auf Demokratie.

Quelle: http://menasolidaritynetwork.com/egyptwomen5/; eigene Übersetzung mit freundlicher Genehmigung des Mena Solidarity Network *

* Das *Mena Solidarity Network* publiziert zu aktuellen ArbeiterInnenkämpfen in Nordafrika und Nahost. Es organisiert auch Solidaritätskampagnen für unabhängige Gewerkschaftsarbeit und vernetzt GewerkschafterInnen in Großbritannien mit ihren KollegInnen in Nordafrika und Nahost. Mena steht für »Middle East and North Africa«.

sem Zweck wurden in dem Unternehmen neue Aufgabenbereiche geschaffen: Projekte zur Begrenzung der ökologischen Folgen der Produktion sollen sich z.B. die Entseuchung von Oasen und die Wiederaufforstung vornehmen, während die Abfälle des Phosphatbergbaus bis dato einfach in die Landschaft gekippt wurden (vgl. ebd., 14). Auch in Textilwerken und Callcentern streikten die Beschäftigten.

Konservative und Unternehmer aus dem In- und Ausland machen die streikenden ArbeiterInnen für die prekäre wirtschaftliche Lage Tunesiens verantwortlich, wobei sie geflissentlich darüber hinwegsehen, dass die wirtschaftliche Lage der meisten Menschen bereits vor der Revolution prekär war. Dennoch geraten ArbeiterInnen und Gewerkschaften durch diese Stimmungsmache unter Druck. Sie sind bisher nur unzureichend in der Lage gewesen, soziale Fragen selbst zu besetzen. Damit überlassen sie den islamisch orientierten Parteien das Feld, welche die sozialen Gegensätze als Frage von Moral und Sittenverfall thematisieren.

Ägypten: Von Textilstreiks zum Kampf um unabhängige Gewerkschaften

Die Textilindustrie hat für Ägypten traditionell eine große Bedeutung. Die Textilstandorte in Ägypten sind gleichzeitig Zentren von ArbeiterInnenmilitanz. Bei ersten großen spontanen Streiks gegen die Spar- und Kürzungspolitik der Regierung besetzten ArbeiterInnen 1975 in der südlich von Kairo gelegenen Industriestadt Helwan Bahnstationen, Textilwerke, Eisen- und Stahlhütten. Die TextilarbeiterInnen in Kairo traten ebenfalls in den Streik, um ihre KollegInnen in Helwan zu unterstützen. Sie forderten nicht nur die Rücknahme der Sparpolitik, sondern hatten weitergehende politische Forderungen wie den Rücktritt des Premiers. In den Folgejahren streikten immer wieder Beschäftigte besonders

der großen öffentlichen Unternehmen, die vom Nasseristischen Staat am meisten profitiert hatten und nun von Privatisierungen und neoliberalem Umbau besonders betroffen waren (vgl. Beinin 2001, 157).

Der Gewerkschaftsdachverband *Egyptian Trade Union Federation* (ETUF) unterstützte diese Streiks genauso wenig wie diejenigen der vergangenen Jahre. Er war eng mit dem Regime verbunden und ließ, anders als die UGTT in Tunesien, so gut wie keinen Raum für Opposition. Das Regime hatte ihm als Aufgaben die Verteilung der spärlichen Sozialleistungen und die Befriedung der ArbeiterInnen zugedacht. Man musste ETUF-Mitglied sein, um an bestimmte Posten in öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen oder auch nur an Taxi-Lizenzen zu kommen. Gleichzeitig wachte die Führung über jeden Streik: Streiks mussten zehn Tage im Voraus angekündigt und von zwei Dritteln des ETUF-Vorstandes abgesegnet werden, und bestimmte Sektoren waren ganz tabu. Dazu zählten die Krankenhäuser, die Wasser-, Strom- und Gasversorgung sowie der Transportbereich, der Bildungssektor und die Bäckereien. Zwar konnten sich in lokalen Gremien immer wieder unabhängigere GewerkschafterInnen durchsetzen, aber die untersten Hierarchieebenen hatten faktisch keine Entscheidungs- und Handlungsbefugnisse. Gewerkschaftswahlen wurden auf lokaler Ebene häufig gefälscht, um oppositionelle GewerkschafterInnen auszuschalten, wenn sie denn überhaupt antreten durften.

Die Gewerkschaftsfunktionäre der nationalen Ebene wurden von der Regierung eingesetzt und waren oft Parteimitglieder oder gar -funktionäre. So war Aicha Abd al-Hadi unter Mubarak Arbeitsministerin und gleichzeitig Mitglied des ETUF-Vorstandes, stellvertretende Vorsitzende der Chemiegewerkschaft, Mitglied in einem Senatsausschuss sowie in hohen Parteigremien der regierenden Nationaldemokratischen Partei Ägyptens (vgl. Solidaires 2011, 52).

Der ETUF ist es an keiner Stelle gelungen, die Situation der Menschen in Ägypten zu verbessern. Weder setzte sie den Privatisierungs-

plänen der ägyptischen Regierungen etwas entgegen, noch wurde sie aktiv gegen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne. Während der Privatisierungswelle ab 2006 gingen über 300 Staatsbetriebe im Wert von mehr als 42 Milliarden Euro über den Tisch – laut der Kairoer NGO *Land Center for Human Rights* für ein Zehntel ihres tatsächlichen Wertes. Dabei wurden ein Fünftel der Stellen abgebaut. In zahlreichen unabhängigen Streikbewegungen wurde deshalb schnell der Ruf nach neuen Gewerkschaften laut. Die unmittelbaren ökonomischen Forderungen verbanden sich mit der politischen Forderung nach freien Gewerkschaften. Gleichzeitig wurde das Regime in Frage gestellt, da die ETUF eine wichtige Säule von Mubaraks Macht war.

Bereits 2004 hatte in Ägypten eine neue Streikwelle begonnen (vgl. Beinin/Duboc 2010, 14). Bis dahin waren stets fast ausschließlich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes an Streiks beteiligt gewesen. Dies änderte sich nun. Außerdem nahmen an den Streikbewegungen erstmals auch solche Beschäftigten des öffentlichen Dienstes teil, die wichtige Positionen im Staat inne hatten, z.B. kommunale Finanzangestellte, Verwaltungspersonal und LehrerInnen (vgl. ebd., 15). Aus Streiks der Finanzangestellten, deren Auslöser die Lohndiskrepanz zwischen Kommunen und Finanzministerium gewesen war, ging noch vor der Revolution eine unabhängige Gewerkschaft hervor, die von Staat und ETUF

weitgehend erfolglos bekämpft wurde. Über 3.000 Finanzangestellte traten 2007 in Streik und demonstrierten vor dem Finanzministerium und dem Büro der zuständigen Gewerkschaft. Innerhalb kurzer Zeit wuchs die Bewegung auf über 11.000 Streikende an. Der Ausstand dauerte elf Tage lang an und ging bis zur Blockade von Regierungsgebäuden, ehe den Forderungen der Streikenden nachgegeben wurde.

Zwischen 2004 und 2008 beteiligten sich über 1,7 Mio. ArbeiterInnen an insgesamt 1.900 Streiks. Ein Zentrum der Proteste bildeten die für ihre Kampfbereitschaft bekannten 25.000 Beschäftigten der Misr-Textilfabrik in Mahalla al-Kubra. 2006 streikten die ArbeiterInnen gegen manipulierte Gewerkschaftswahlen und besetzen drei Tage lang Fabriken. Die ETUF verurteilte den Streik, doch die ArbeiterInnen konnten sich zumindest mit einem Teil ihrer Forderungen durchsetzen. Sie erhielten 45 Tagessätze mehr Lohn und konnten erstmals ein eigenes Streikkomitee gründen. Sie forderten die ETUF auf, die regionale Gewerkschaftsführung auszutauschen, weil diese den Streik nicht unterstützt hatte. Als die ETUF sich weigerte, unterzeichneten über 11.000 ArbeiterInnen eine Petition, um die Forderung zu bekräftigen.

Die Streikbewegung fand bald NachahmerInnen: Die Beschäftigten eines privatisierten Zementwerks besetzten ihren Betrieb und traten in Hungerstreik, um die Zahlung ausstehender Löhne zu erzwingen. Auch Bahnbeschäftigte aus der Region schlossen sich an. Aus den Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen entwickelte sich bald die Forderung nach demokratischen Gewerkschaften. Anstatt von der Regierung eingesetzt zu werden, sollten die VertreterInnen von den Beschäftigten direkt gewählt werden. Ab 2007 waren an den Protestaktivitäten ArbeiterInnen der Bauindustrie, des Transportsektors, des öffentlichen Personenverkehrs, der Ölindustrie und anderer wichtiger Bereiche beteiligt.

Am 6. April 2008 begannen ArbeiterInnen in Mahalla al-Kubra gegen steigende Lebenshaltungskosten zu streiken. Daraus entwickelte sich bald ein Generalstreik in vielen Branchen. Der Konflikt eskalierte, über 331 Personen wurden festgenommen und AktivistInnen gefoltert. Gegen 22 von ihnen wurden Gefängnisstrafen verhängt. Im Zuge dieses Protestes wurden Aktionsformen erprobt, die später auch auf dem Tahrir-Platz zur Anwendung kamen: Plätze besetzen, Zelte aufbauen und breite Bündnisse schmieden. Erstmals wurden bei diesen Streiks Bilder von Mubarak verbrannt. Um der Proteste

Infoblock: Mahalla al-Kubra

Die 450.000-Einwohner-Stadt Mahalla al-Kubra nördlich von Kairo ist eines der industriellen Zentren Ägyptens. Dort steht die größte Fabrikanlage des Landes, die Textilfabrik der Misr Spinning and Weaving Company mit über 25.000 Beschäftigten. Sie war immer wieder Ausgangspunkt von Besetzungen, Protesten und Streiks. Dabei vermischten sich Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen mit dem Ruf nach der Möglichkeit zur Organisierung in unabhängigen Gewerkschaften. Im Zuge der Proteste wurden auch Aktionsformen erprobt, die später auf dem Tahrir-Platz zur Anwendung kommen sollten: Plätze besetzen, Zelte aufbauen und breite Bündnisse schmieden. Erstmals wurden bei diesen Streiks Bilder von Mubarak verbrannt.

Da in der Textilindustrie viele Frauen arbeiten, brechen die dortigen Proteste immer wieder etablierte Geschlechterordnungen auf. Arbeiterinnen übernachten gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen in besetzten Fabriken und zählen zur Avantgarde der ArbeiterInnenmilitanz. Dabei müssen sie sich sowohl gegen Widerstände ihrer Kollegen durchsetzen als auch gegen Staat und Unternehmen. Letzteren war für die Kriminalisierung und Delegitimierung der ArbeiterInnenproteste jedes Mittel recht, so auch der Vorwurf der Prostitution gegen die streikenden Frauen, die sich mit den Männern in den Fabriken aufhielten.

Herr zu werden, kappte die Regierung die Internetverbindung.

An den Streikbewegungen waren auch ArbeiterInnen von Kittan Tanta, dem wichtigsten Textilunternehmen Ägyptens, beteiligt. 2005 war es privatisiert worden. Die erste größere Streikwelle hatte 2007 begonnen, als Überstunden ohne Ausgleich angeordnet, die Prämien halbiert wurden und die Geschäftsleitung von den ArbeiterInnen höhere Beiträge für Krankenvorsorge und Medikamente verlangte. Die AnführerInnen des Streiks wurden entlassen (vgl. Solidaires 2011, 20). 2009 traten die Beschäftigten erneut in Streik. Diesmal dauerte er fast sechs Monate, während Unternehmensleitung und Politik immer wieder versuchten, die Streikfront zum Bröckeln zu bringen. Doch die ArbeiterInnen blieben bei ihren Forderungen. 850 von ihnen traten in Hungerstreik.

Unterstützt wurden die Streikbewegungen vom *Center for Trade Union and Workers' Services* (CTUWS), das 1990 in Kairo von dem Aktivisten Kamal Abbas* und dem Anwalt Youssef Darwiche gegründet worden war, um die Gewerkschaftsrechte und eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung voranzubringen. Das CTUWS hat sukzessive in vielen industriellen

* Abbas, ein wichtiger Aktivist der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Ägyptens, sah sich immer wieder mit staatlicher Repression konfrontiert. Zuletzt wurde er angeklagt, weil er einen Vertreter des Mubarak-Regimes auf einer ILO-Konferenz daran gehindert hatte, für die ägyptischen Gewerkschaften zu sprechen. Die unabhängigen Gewerkschaften werten die Anklage als Angriff auf ihre Organisationsbemühungen.

Infoblock unabhängige Gewerkschaften (Ägypten):

In den Bemühungen um eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung für Ägypten spielen das *Center for Trade Union and Workers' Services* (CTUWS) und der neugegründete unabhängige Dachverband *Egyptian Federation of Independent Trade Unions* (EFITU) eine zentrale Rolle.

Das CTUWS wurde 1990 in Kairo gegründet, um die Gewerkschaftsrechte und eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung voranzubringen. Das CTUWS hat sukzessive in vielen industriellen Zentren Ägyptens Strukturen aufgebaut und musste sich dabei immer wieder gegen Repression durchsetzen. Zuletzt war die Organisation 2007 und 2008 verboten. Ihre AktivistInnen sind in den Protesten engagiert und eine wichtige Stütze der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Sie unterstützten besonders die Streiks der Beschäftigten in den Textilfabriken und kommunalen Finanzbehörden.

Das CTUWS unterhält Kontakte zu internationalen Gewerkschaftsverbänden und ist in Gremien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vertreten. In Frankreich arbeitet es mit dem Basisgewerkschaftsverband *Solidaires* zusammen, in Spanien mit der CGT.

Die Gründung der EFITU geht auf einen Beschluss von GewerkschafterInnen bei den Protesten auf dem Tahrir-Platz am 30. Januar 2011 zurück. Der unabhängige Dachverband soll ein Gegengewicht zur staatstragenden *Egyptian Federation of Trade Unions* (EFTU) bilden, die noch immer eng mit den alten Eliten verflochten und alles andere als eine genuine Interessenvertretung der ArbeiterInnen ist. Bei Streiks wird immer wieder die Auflösung der EFTU gefordert.

Die EFITU vereint mittlerweile 139 Gewerkschaften mit insgesamt über 1,6 Millionen Mitgliedern unter ihrem Dach. Wie das CTUWS ist auch sie immer wieder von Repression betroffen. Die EFITU kämpft nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch für die Verteidigung demokratischer Errungenschaften der Revolution. ArbeiterInnen am Kairoer Flughafen organisierten jüngst eine Kampagne gegen den Präsidentschaftskandidaten des Militärrats, weil er als ehemaliger Minister für zivile Luftfahrt in Korruptionsskandale verwickelt gewesen war. Die EFITU kämpft gegen die Kriminalisierung von Streiks und Protesten und gegen die Unterdrückung von GewerkschaftsaktivistInnen.

Zentren Ägyptens Strukturen aufgebaut. Seine AktivistInnen sind in den Protesten engagiert und eine wichtige Stütze der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung.

Die Periode sozialer Kämpfe gipfelte Anfang 2011 in der Revolution, die Mubarak stürzte. Angespornt von den Erfolgen der Revolte in Tunesien verbündeten sich streikende ArbeiterInnen und Angehörige der Mittelschicht. Zu Beginn zielten die Proteste auf ökonomische Forderungen ab und waren unkoordiniert, transformierten sich dann aber rasch in politische Proteste und Generalstreik. Die Protestbewegung gegen das Mubarak-Regime bezeichnete sich jetzt in Anspielung auf die von Mahalla al-Kubra ausgegangenen Streikbewegung von 2008 (s.o. S.39) als »Bewegung des 6. April«, ohne jedoch explizit einen Bezug zu den Kämpfen der ArbeiterInnen herzustellen. Auf dem Tahrir-Platz waren viele GewerkschafterInnen dabei, auch wenn ihre Aktionsschwerpunkte in den industriellen Zentren lagen. Nachdem Mubarak verkündet hatte, bis September 2011 im Amt bleiben zu wollen, wuchs der Streik landesweit auf 4-8 Millionen Beteiligte an.

Am 30. Januar 2011 gründeten GewerkschaftsaktivistInnen auf dem Tahrir-Platz einen unabhängigen Gewerkschaftsdachverband, die *Egyptian Federation of Independent Trade Unions* (EFITU). Ihre vier Grundprinzipien: Unabhängigkeit; Demokratie; der Anspruch, Massenorganisation zu sein; Schutz der ArbeiterInnenrechte. Unter seinem Dach vereint sie mittlerweile 139 Gewerkschaften mit insgesamt über 1,6 Millionen Mitgliedern.

Im Zuge der Revolution erkämpften sich GewerkschafterInnen neue Freiheiten. Allerdings sind diese keineswegs gesichert. Die Militärregierung führte bereits kurz nach Mubaraks Sturz ein Streikverbot ein. Zwar hielten sich die ArbeiterInnen nicht daran und konnten eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns durchsetzen, doch wurden im Juni 2011 erstmals Streikende verurteilt – wenn auch auf Bewährung (vgl. Solidaires 2011, 43f.). Doch die ArbeiterInnen ließen sich ihr neugewonnenes Selbstvertrauen nicht nehmen. Im September/Oktober 2011 streikten LandarbeiterInnen, Beschäftigte der Textilindustrie und BusfahrerInnen.

Die größte Herausforderung für die Gewerkschaften in Ägypten ist ihr eigener Neuaufbau. Im Gegensatz zur tunesischen UGTT löste sich die EFTU nicht von der Regierung, als es zur Revolution kam, und ist heute faktisch handlungsunfähig. Die Bildung neuer Gewerkschaften verläuft zäh, da die meisten Beschäftigten über keinerlei Erfahrungen mit dem Aufbau derartiger Organisationen verfügen. Eine Schwierigkeit liegt darin, dass die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und nach mehr Demokratie nach ihrem Bündnis während der Revolution nun mehr und mehr nur noch unverbunden nebeneinander herlaufen (ebd.). Daher fordert die ägyptische Gewerkschaftsaktivistin Fatma Ramadan auch, die Gewerkschaften sollten »eine breitere Vision sozialer Kämpfe entwickeln und nicht nur kurzfristige Forderungen vertreten« (siehe Interview mit Fatma Ramadan auf S. 20f.). Dies sei notwendig, um den Anschuldigungen der Militärs sowie der liberalen, konservativen und islamischen Politiker zu begegnen, die Gewerkschaften gefährdeten den demokratischen Übergang und betrieben lediglich Klientelpolitik. So wird versucht, Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit zu marginalisieren und von den Kämpfen für mehr Demokratie abzuspalten. Dabei zeigt die Geschichte der Proteste, dass beide untrennbar miteinander verbunden sind. Immer wieder landen Streikende vor Militärgerichten und AktivistInnen sind von Verfolgung bedroht. Bei jüngsten Streiks in den industriellen Zentren zeigt sich, dass die ArbeiterInnen in wachsendem Maße auch für die Verteidigung demokratischer Fortschritte kämpfen.

Bestehen gegen die Repression

Gewerkschaften und ArbeiterInnen weht in Tunesien und Ägypten ein rauer Wind entgegen. Der Chef des tunesischen Unternehmerverbands wirft den Gewerkschaften einen »Dolchstoß in den Rücken des Landes« vor, ihr Handeln sei »nationaler Selbstmord«. In Ägypten äußern sich Militärrat und regierende Konservative ähnlich gegen die Gewerkschaften. Internationale Unternehmen fordern Ägypten und Tunesien auf, schnellstmöglich wieder ein stabiles Investitionsklima zu schaffen (vgl. Dehler/Kronauer 2011, 80). Und die deutsche Bundesregierung drängt darauf, weiter Märkte zu liberalisieren und Staatsunternehmen zu privatisieren. Dabei sind die Gewerkschaften trotz aller vordergründigen Sympathiebekundungen für die Revolution im Weg. Repressionen gegen Streikende nehmen zu. In Tunesien wurden im Dezember 2011 erstmals seit der Revolution Streiks in wichtigen Industrie- und Dienstleistungsbranchen zerschlagen. Die Regierung warf den Gewerkschaften vor, für die sozialen Probleme im Land verantwortlich zu sein. Die tunesische Polizei ging im April 2012 mit massiver Gewalt gegen Demonstrationen von Erwerbslosen vor.

Friedliche Proteste von Gewerkschaften und Oppositionsgruppen wurden unter Einsatz von Tränengas aufgelöst. Die Regierung verfügte ein Demonstrationsverbot für die Avenue Bourguiba in Tunis, die einst Ort zentraler Demonstrationen gegen das Ben-Ali-Regime gewesen war. Die Gewerkschaften leisten Widerstand. Sie prangern die ungleiche Vermögensverteilung an und stellen die Sichtweise der neuen Herrscher, die sozialen Probleme seien lediglich fehlender Moral geschuldet, in Frage. Die Wut der Demonstranten richtet sich dabei vor allem gegen die islamistische Partei Ennahdha, die stärkste Partei in der Regierungskoalition.

In Ägypten nehmen die Repressionen gegenüber Gewerkschaften und streikenden ArbeiterInnen ebenfalls zu. Kürzlich wurde ein Streik bei den Finanzbehörden niedergeschlagen, deren Beschäftigte stark am Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung beteiligt sind. Doch auch positive Entwicklungen sind zu verzeichnen: Mitte Juli traten die TextilarbeiterInnen in Mahalla al-Kubra in Streik gegen die Nichteinlösung gegebener Versprechen. So ist ein angemessenen Mindestlohn noch nicht in Sicht, korrupte Vorgesetzte sind noch nicht ersetzt und der Militärrat immer noch zu mächtig.

Fatma Ramadan ist überzeugt, dass dieser Weg weiterverfolgt werden muss: Um nicht von den sozialen Bewegungen abgekoppelt zu werden, muss die ArbeiterInnenbewegung die Vermögensverteilung kritisieren und weitere Demokratisierung einfordern. Gleichzeitig muss sie neue Organisationsformen entwickeln bzw. ihre Organisationen so aufbauen, dass sie nicht zu verknöcherten Apparaten werden, wie es die Gewerkschaften in Tunesien und Ägypten vor den Revolutionen waren. Gerade in Ägypten sind neu gegründete Gewerkschaften noch keine Massenorganisationen, sondern meist Organisierungsversuche einzelner AktivistInnen. Ramadan sieht die Gefahr, dass die Mehrheit der ArbeiterInnen außen vor bleibt und Entscheidungen wieder nur von einigen wenigen getroffen werden.

Das sieht Hossam Al-Hamalawy ähnlich. Ihn verwundert es zunächst nicht, dass viele neue Gewerkschaften und andere politische Gruppierungen der Linken entstehen: »Es ist eher normal, dass Leute, wenn der Deckel der Diktatur runter ist, herauskommen und Gruppen bilden.« Für ihn ist entscheidend, wie sich die neuen Organisationen in Zukunft verhalten und ob sie es schaffen werden, zusammenzuarbeiten. Auch angesichts von Rückschlägen und der Unterdrückung von ArbeiterInnenprotesten bleibt er zuversichtlich:

»Das war nicht der letzte Aufstand. Ich würde sagen, wir haben drei bis sechs Jahre Ebbe und Flut vor uns. Kämpfe, die gewonnen werden, und andere, die verlorengehen. Aber im Allgemeinen bin ich optimistisch, was das anbelangt« (Al-Hamalawy 2012).

Laut Alain Gresh (2011) hängt für den weiteren Verlauf der Streiks und Proteste viel davon ab, ob es gelingt, die unterschiedlichen Elemente der Bewegung zusammenzubringen: In den großen Städten ist besonders eine Mittelschicht aktiv, die Demokratie und Freiheit fordert; in den mittelgroßen Städten und industriellen Zentren sind Arbeitslosigkeit, Bildungschancen und Preissteigerungen die zentralen Themen; während auf dem Land vorrangig gegen dessen Vernachlässigung protestiert wird. Nur wenn es gelingt, diese Bewegungen miteinander zu verknüpfen, werden weitere demokratische und soziale Veränderungen möglich sein.

Literatur/Tipps zum Weiterlesen:

Al-Hamalawy, Hossam (2012): »Nicht der letzte Aufstand«. Die Rolle der Arbeiterklasse in der ägyptischen Revolution wird von internationalen Medien weitgehend ausgeblendet. Ein Gespräch. In: Junge Welt, 22. Mai. www.ag-friedensforschung.de/regionen/Aegypten/arbeiter2.html

Alnasseri, Sabah (2011): Revolutionäre ernten die Früchte selten. Der 17. Bouazizi 2010. In: Prokla 163, S. 273-294

Beinin, Joel (2001): Workers and Peasants in the Modern Middle East. Cambridge University Press

Beinin, Joel; Marie Duboc (2010): Justice for All: The Struggle for Worker Rights in Egypt. Kostenloser Download bei www.solidaritycenter.org

Dehler, Olaf; Jörg Kronauer (2011): Milde Diktatoren – Deutsche Interessen in Nordafrika. In: Kronauer, Jörg; Wolfgang Schneider (Hrsg.): Despoten-Dämmerung. Der Ara-

bische Frühling, Israel und die Interessen des Westens. Konkret, Hamburg, S. 65-80
Dietrich, Helmut (2011): Die zweite Welle. In: Analyse & Kritik, Nr. 561
Gresh, Alain (2011): Jenseits von Tahrir. Die Rolle der ägyptischen Arbeiterbewegung in der Revolution. In: Le Monde diplomatique, August 2011
Schmid, Bernard (2011a): Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten. Edition Assemblage, Münster
Schmid, Bernard (2011b): Kein Elend mehr! Die Revolten in Nordafrika. In: Kronauer, Jörg; Wolfgang Schneider (Hrsg.): Despoten-Dämmerung. Der Arabische Frühling, Israel und die Interessen des Westens. Konkret, Hamburg, S. 15-32
Schmid, Bernard (2011c): Vom Protest zur Gegengesellschaft. Sozialprotest, Arbeitskämpfe und Gewerkschaftsbewegungen in Tunesien und Ägypten. In: Analyse und Kritik (Hrsg.): The people demand Ein Jahr arabische Revolutionen – Fragen an die Linke. AK, Hamburg, S. 40-43
Union Syndicale Solidaires (Hrsg.): Solidaires International, Dossier Egypte. November 2011
Wettig, Hannah (2011): Aufstände gegen den Liberalismus. In: Analyse und Kritik (Hrsg.): The people demand Ein Jahr arabische Revolutionen – Fragen an die Linke. AK, Hamburg, S. 38-39

Interview

Nagat Ragab Mohammed von der Gewerkschaft der kommunalen Finanzangestellten spricht im Mai 2012 über ihre Erfahrungen als Gewerkschafterin und über die Rolle ihrer Gewerkschaft, die als erste unabhängige Gewerkschaft Ägyptens bereits vor der Revolution gegründet worden war. Anlass war ein langer Arbeitskampf der kommunalen Finanzangestellten für die Lohn-Gleichstellung mit ihren KollegInnen beim Finanzministerium.

Ich heiße Nagat Ragab Mohammed und bin Mitglied der Gewerkschaft der kommunalen Finanzangestellten, stellvertretende Vorsitzende in der Region Giza und Mitglied im Bundesvorstand. Außerdem bin ich stellvertretende Vorsitzende des Frauenrates im neuen unabhängigen Gewerkschaftsverband EFITU.

Kannst du uns von deinen Erfahrungen mit dem Aufbau einer Gewerkschaft berichten?

Ich habe die erste unabhängige Gewerkschaft in Ägypten mitgegründet. Das war bereits vor der Revolution. Unter dem alten Regime wurden wir immer wieder unterdrückt, aber wir haben dagegen angekämpft und eine vom bestehenden regimetreuen Verband unabhängige Gewerkschaft gegründet. Für die Neugründung haben wir uns entschieden, weil der alte Dachverband die Forderungen der ArbeiterInnen ignoriert hat. Wir haben die Gewerkschaft der kommunalen Finanzangestellten gegründet, alle Schwierigkeiten überwunden und mit Gottes Hilfe endlich unsere Arbeit aufnehmen können.

Wir haben eine enorme Lohnsteigerung erkämpft. Mehr als die Hälfte unserer Forderungen wurden erfüllt und wir haben viele Mitglieder gewonnen. Von 47.000 Beschäftigten bei der Steuerbehörde traten über 40.000 der Gewerkschaft bei. Das war ein großer Erfolg für uns. Wir haben gezeigt, dass unabhängige Gewerkschaften etwas für die Beschäftigten erreichen können. Deshalb sind sie eingetreten und unterstützen den neuen unabhängigen Dachverband.

Woran arbeitet ihr gerade?

Natürlich gibt es viele Probleme. Wir stecken mitten in einem revolutionären Prozess. Aber wir versuchen so weit zu kommen, wie es uns möglich ist. Wir sind immer noch eine sehr junge Gewerkschaft und versuchen unsere AktivistInnen und Mitglieder zu schulen. Das ist eine große Herausforderung. Aber damit werden wir hoffentlich fertig. Wir versuchen präsenter zu werden, damit wir unsere Mitglieder in ihren Auseinandersetzungen besser unterstützen können.

Quelle: Videobotschaft an die Public and Commercial Services Union in Großbritannien, http://menasolidaritynetwork.com/2012/05/18/egypt-messages-for-pcs-union-members-at-their-annual-conference/; eigene Übersetzung mit freundlicher Genehmigung des Mena Solidarity Network

Frauen als Avantgarde der Revolution

Die Revolten in Ägypten und Tunesien wären ohne die vehemente Beteiligung von Frauen gar nicht erst in Gang gekommen. Frauen sind Teil des tagtäglichen Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, spielen eine entscheidende Rolle in sozialen Auseinandersetzungen und treiben sie maßgeblich voran (vgl. Fischbach 2011, 4). Dabei spielte es zunächst keine Rolle, ob es sich um verschleierte, verarmte, laizistische oder intellektuelle Frauen handelt.

Während der Proteste, die zum Sturz der Diktatoren führten, gerieten die Geschlechterverhältnisse unter Druck. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo konnten sich Frauen während der Besetzungen relativ frei bewegen. Die ansonsten üblichen sexuellen Übergriffe blieben weitgehend aus. Forderungen nach mehr Rechten für Frauen traten allerdings weitgehend hinter der Forderung nach dem Ende der Diktatur zurück. Hier zeigt sich auch eine interessante Parallele zwischen den Forderungen nach mehr Rechten

für Frauen und mehr Rechten für Beschäftigte. Beide werden teilweise als ›Sonderforderungen‹ abgewertet, die hinter der nationalen Sache zurückzustehen hätten. Zahlreiche Medien und konservative Politiker vertreten die Position, erst müsse eine demokratischere Ordnung erkämpft werden, bevor über diese Forderungen gesprochen werden könne.

Trotzdem: Frauen waren innerhalb der Protestbewegung anerkannt. Sie waren bei der Organisation von Protesten ganz vorne dabei, ebenso wie bei gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Als sich Ende 2011 vermehrt Forderungen nach Rechten für Frauen Gehör verschafften, reagierte der regierende Militärrat brutal: Die größte Demonstration für Frauenrechte seit 1919 mit über 10.000 Teilnehmerinnen wurde gewaltsam aufgelöst. Wenige Tage später formierte sich mit Unterstützung anderer Protestierender eine Demonstration gegen Repression.

Forderungen nach mehr Rechten für Frauen kamen in beiden Ländern allerdings nicht erst mit den jüngsten Revolutionen auf. Feministische Kämpfe bewegen sich in Tunesien und Ägypten zwischen mehreren Polen. Es gibt in beiden Ländern eine Tradition, feministische mit antikolonialen Kämpfen zu verbinden. Entsprechende Ansätze unabhängiger Organisationen gingen unter den Regimen nach der formellen Unabhängigkeit allerdings mehr und mehr verloren bzw. wurden sogar verboten. Stattdessen entstand eine Art staatlicher Feminismus, der bestimmte Frauenrechte vorantrieb. Dagegen wehrten sich konservative Kräfte. Ihnen gelang es gerade in Ägypten in den vergangenen Jahrzehnten Frauenrechte zurückzudrängen. Gleichzeitig entstand eine selbstbewusste Arbeiterinnenschaft, die mit ihren sozialen Kämpfen die Geschlechterordnung immer wieder ins Wanken brachte. Junge Arbeiterinnen und Aktivistinnen aus dem Kleinbürgertum bekämpften Apathie und Passivität in der Gesellschaft und wandten sich damit gegen patriarchal-kapitalistische Regime: Auf Aktivitäten von Frauen gehen die meisten urbanen Proteste und Streiks zurück.

Die Situation von Frauen vor der Revolte

Die allgemeine rechtliche und soziale Situation von Frauen war in Ägypten und Tunesien sehr unterschiedlich.

Sabine Kebir (2011) betont, dass die Rechte von Frauen in Tunesien auch in der Diktatur ausgeweitet wurden. Die Antibabypille war ab Anfang der 1960er Jahre kostenlos und Abtreibungen ab 1973 erlaubt. Schon früh wurden Zwangsehen und Polygamie verboten, und Frauen wurden von der Pflicht, ihren Männern zu gehorchen, entbunden. »Frauenrechte wurden in Tunesien kontinuierlich ausgebaut, darunter auch solche, die sogar in westlichen Gesellschaften nicht selbstverständlich sind« (ebd.). Dahinter steckte seitens des Staates u.a. die Absicht, das Bevölkerungswachstum zu regulieren. Gleichzeitig hatten es unabhängige Frauenorganisationen unter der Diktatur in Tunesien schwer. Von konservativer Seite wurde den Frauen sogar beschieden, sie genössen bereits Sonderrechte und könnten daher nicht noch mehr Rechte einfordern.

Dieses Problem war der Feministin Rachida Enneifer schon 1992 bewusst: »Frauen haben in Tunesien viele Rechte bekommen, was aber nicht immer einherging mit einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Außer den Frauenrechten brauchen wir Garantien für die Meinungsfreiheit, die allgemeinen Menschenrechte, für mehr ökonomische und soziokultu-

relle Rechte« (zit. nach ebd.). Sie ging davon aus, dass die Frauenrechte nur ausgebaut werden können, wenn eine grundlegende Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft erkämpft wird.

In Ägypten lautete das erklärte Ziel der Nasser-Regierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Integration von Frauen in die Erwerbsarbeit. Um es zu erreichen, wurde die rechtliche Situation der Frauen per »Staatsfeminismus« verbessert (vgl. Kreile 2011), wenn auch ihre familienrechtliche Schlechterstellung nicht völlig aufgehoben wurde und bis heute andauert. Gleichzeitig wurden die feministischen Bewegungen, die am antikolonialen Unabhängigkeitskampf beteiligt gewesen waren, unter Nasser und den folgenden autoritären Herrschern wieder unterdrückt, und das mit Erfolg: Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Region, wie z.B. Tunesien, gibt es in Ägypten bis heute kaum starke Frauenorganisationen, die für Gleichberechtigung kämpfen.

Entsprechend sah die soziale Situation von Frauen aus: Die überwiegende Mehrheit von ihnen war nach wie vor als unbezahlte Sorgearbeiterinnen oder zu Niedriglöhnen tätig. Frauen waren kaum gewerkschaftlich organisiert, und patriarchale Unterdrückung blieb üblich (vgl. Beinin 2001, 153). Unter Mubarak waren nur 2 Prozent der Parlamentsabgeordneten Frauen.

An ihren Arbeitsplätzen erfahren viele Frauen Diskriminierung und sexuelle Belästigung. Besonders in der Textilbranche ist dies der Fall. Dort werden gern junge Frauen aus ländlichen Regionen eingestellt, da man sie für besonders fügsam hält. Frauen erhalten bei gleicher Arbeit oft niedrigere Löhne, werden bei Beförderungen übergangen und sind in den offiziellen Gewerkschaftsstrukturen kaum vertreten. Die überwiegende Mehrheit der Frauen arbeitet im informellen Sektor. Die Löhne sind zudem für allein lebende junge Frauen häufig noch niedriger als für ihre verheirateten Kolleginnen. Die ägyptische Frauenorganisation *New Women* berichtet, in manchen privaten Fabriken würden nur unverheiratete Frauen unter 25 Jahren und unter 60 kg

Körpergewicht eingestellt, da das Management davon ausgeht, diese leichter einschüchtern und kontrollieren zu können.

Streiks von Frauen: Ohne sie keine Revolution

Joel Beinin und Marie Duboc (2010, 72f.) stellen hingegen fest, dass gerade dort, wo viele Frauen arbeiten, große Proteste und Streiks zu verzeichnen waren und sind. Sie vertreten die These, dass die Frauen dort eher die Möglichkeit haben, eine Gegenkultur zur männlichen Dominanz aufzubauen und selbst aktiv zu werden. So erregte 1985 ein Streik in einer Fabrik in Suez Aufsehen, wo sich Arbeiterinnen gegen sexuelle Belästigung durch Vorgesetzte wehrten und betriebliche Kinderbetreuung erkämpften. Nach anfänglichem Zögern wurden sie von der örtlichen Gewerkschaft und weiteren Beschäftigten unterstützt. Einige Vorgesetzte wurden entlassen.

Solche Betriebe haben laut Beinin/Duboc in Ägypten besonders seit der Jahrtausendwende eine wichtige Rolle gespielt. Hier liefen feministische Forderungen und gewerkschaftliche Praxis ansatzweise zusammen. Eine der größten Streikbewegungen in der jüngeren ägyptischen Geschichte in den Textilfabriken in Mahalla al-Kubra wurde 2006 überwiegend von Frauen initiiert und getragen. Über 3.000 TextilarbeiterInnen machten den Anfang und viele Frauen beteiligten sich an Fabrikbesetzungen. Dabei waren die Aktionsformen der Arbeiterinnen

häufig militanter als diejenigen ihrer männlichen Kollegen. Der Streik weitete sich schnell von der Textilbranche auf den Transportsektor, die lokale Verwaltung, Bildungseinrichtungen sowie weitere Industriebetriebe aus. An diesem Prozess hatten Frauen als Organisatorinnen von Streiks und Demonstrationen maßgeblichen Anteil. Auch die Besetzung eines Textilwerks des europäischen Konzerns Mansura-España wurde von Frauen eingeleitet. Das britische *Mena Solidarity Network* wertet diese Streikbewegung von 2006 sogar als Ausgangspunkt für die spätere Revolution.

In den neu gegründeten unabhängigen Gewerkschaften Ägyptens spielen Arbeiterinnen eine größere Rolle. In Tunesien drängen Frauen in wichtige Positionen des Gewerkschaftsverbandes UGTT. Obgleich sie noch keineswegs gleichgestellt sind, sind sie auf der Basisebene stark präsent. Sie können an der Arbeit unabhängiger Frauenorganisationen anknüpfen, welche sich schon vor den Revolutionen darum bemüht haben, Arbeiterinnen über ihre Rechte aufzuklären. Dies kann ein Ausgangspunkt für weitere Veränderungen sein.

Wie weiter?

Die Revolutionen des Arabischen Frühlings haben den Arbeiterinnen in Ägypten und Tunesien Freiräume eröffnet. Diese haben demokratische und gewerkschaftliche Rechte für sich (und ihre Kollegen) erkämpft. Diese Erfolge haben das Selbstbewusstsein der Arbeiterinnen gestärkt und damit auch ihre Entschlossenheit, sich nicht wieder zurückdrängen zu lassen von den konservativen Stimmen, die Frauenrechte als ›westliche Erfindung‹ ablehnen, was angesichts der weit zurückreichenden Geschichte feministischer Kämpfe in beiden Ländern absurd ist und von den Kämpfen und Streiks der Arbeiterinnen auch praktisch widerlegt wird.

In beiden Ländern dominieren derzeit allerdings die konservativen Kräfte, die Frauenrechte zu begrenzen oder gar zurückzunehmen suchen, die Parlamente. Aktuell versuchen sie bspw. im ägyptischen Grundrecht im Bezug auf Frauenrechte eine »Scharia-Klausel« einzuführen (Geltung nur, »sofern sie nicht den Vorschriften der Scharia widersprechen«, vgl. Tagesspiegel vom 10.10.12) sowie eine Reihe einschneidender Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen: »Sie wollen die Vielehe zulassen, das Mindestheiratsalter von 18 Jahren für Mädchen abschaffen sowie die systematische Benachteiligung von Frauen beim Erbe wieder aktivieren. Ein Dorn im Auge ist ihnen auch das seit 2005 geltende Sorgerecht für Kinder, das einer geschiedenen Mutter mehr Mitsprache gibt. Auch das im Jahr 2000 eingeführte Khul-Scheidungsrecht für Frauen soll möglichst rasch aus Ägyptens Gesetzbüchern verschwinden« (Zeit Online vom 13.10.12). Lautstarke Proteste gegen diese Pläne auf dem Tahrir-Platz wurden am 12. Oktober 2012 brutal niedergeschlagen.

Es muss nicht zwangläufig dazu kommen, dass sich die konservativen Kräfte mit dem Wunsch nach Begrenzung der Rechte von Frauen durchsetzen können. Viel hängt davon ab, inwieweit feministische und gewerkschaftliche Bewegungen die vielen geteilten Ziele, die sie verbinden, auch in gemeinsamen und solidarischen Kämpfen verfolgen werden.

Literatur/Tipps zum Weiterlesen

al-Masri, Mahinur (2012): Die Revolution ist kein Krieg der Geschlechter. In: Arabellion! Zur Aktualität der Revolution. theorie21 (1/2012), S. 108-114

Beinin, Joel (2001): Workers and Peasants in the Modern Middle East. Cambridge University Press.

Beinin, Joel/Duboc, Marie (2010): Justice for All: The Struggle for Worker Rights in Egypt. Download bei www.solidaritycenter.org

Fischbach, Stefanie (2011): Die Revolution in Ägypten – Akteure und Herausforderungen. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Studienreihe Zivilgesellschaftliche Bewegungen – institutionalisierte Politik. Nr. 20/2011, S. 4-6.

Kebir, Sabine (2011): Eine Ironie der Geschichte. Erschienen in Der Freitag am 21.11.2011.

Kreile, Renate (2011): »Im Schatten der Brüder«? Frauen-Bewegungen im Post-Mubarak-Ägypten. In: Wissenschaft & Frieden 2011-4: »Arabellion«, S. 15 18

Schmid, Bernard (2011a): Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten. Edition Assemblage, Münster

Union Syndicale Solidaires (Hrsg.): Solidaires International, Dossier Egypte. November 2011

Interview

Mohamed Sghaier Saihi ist stellvertretender Generalsekretär der regionalen Gewerkschaft in Kassrine, Tunesien.

Was sind die zentralen Ursachen für die derzeitigen ArbeiterInnenunruhen in Tunesien?

Mohamed Sghaier: Die Proteste haben mindestens vier Ursachen:

1. Die hohe Arbeitslosigkeit, besonders bei Hochschul- bzw. Universitätsabsolventen. Sie liegt bei ungefähr 16 Prozent. Die jungen Leute hatten die Hoffnung auf Arbeit und ein Leben in Würde. Aber sie wurden zweimal enttäuscht: einmal vor der Wahl am 23. Oktober 2011 und dann ein zweites Mal, seitdem die konservativ-islamische Partei Ennahdha an die Macht gekommen ist. Sie regiert in einer Koalition mit zwei kleinen liberalen Parteien.

Anstatt zu sinken, ist die Arbeitslosigkeit auf über 20 Prozent angestiegen. Die Anzahl der ArbeiterInnen ohne Ausbildung wird auch immer größer. Sie sind meist arbeitslos. Diese Leute drücken ihre Wut Tag für Tag mit Straßenblockaden und Sit-ins aus. Sie setzen die Regierung unter Druck.

2. Die soziale Ungerechtigkeit: Im Laufe der letzten zehn Jahre haben die Menschen in Tunesien gemerkt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Die Arbeiterklasse wird besonders im privaten Sektor auf jede nur erdenkliche Weise ausgebeutet. Wirklich verändert hat sich seit der Revolution gar nichts. Das System ist immer noch da. Selbst die Gesetze, die die Arbeitsbeziehungen regeln, sind immer noch dieselben wie in der Diktatur – Gesetze, von denen die »Herren unserer Arbeit« profitieren, wie wir die Bosse nennen.

3. Die Ungleichheit zwischen den Regionen: Seit Anfang der sechziger Jahre haben die unterschiedlichen Regierungen die Küstenregionen gegenüber dem Landesinneren bevorzugt. Das Ergebnis sind zwei völlig unterschiedliche Welten

in einem Staat: auf der einen Seite ein relativ modernes Tunesien, auf der anderen Seite eine armes und unterentwickeltes. Über die Jahre hat sich darüber eine enorme Frustration angestaut, die im Januar 2011 in den Protesten, die den Arabischen Frühling eingeläutet haben, entlud.

4. Die Diktatur: Ben Ali war der absolute und unangefochtene Herrscher. Alles geschah in seinem Namen. Alle Institutionen unterwarfen sich seinen Befehlen. Er und seine Verwandten machten Tunesien zu ihrem Privateigentum.

Wenn Ihr Euch wundert, wieso ich wieder mit diesen alten Geschichten komme: Ganz einfach, weil sich nichts grundsätzlich geändert hat.

Kommt in den Streiks Wut zum Ausdruck? Wenn ja, wie sehen sie aus?

Das muss ich zweifellos mit JA beantworten. Nahezu überall wird gestreikt. Vielleicht habt ihr von der jüngsten Krise zwischen UGTT und Regierung gehört? Vor eine Woche plante die UGTT eine Reihe von Streiks in der Hafenstadt Sfax, weil die Regierung vier gewerkschaftlich aktive Krankenhausbeschäftigte ins Gefängnis geworfen hatte. Ihnen wird vorgeworfen, den Krankenhausmanager angegriffen zu haben, was nicht stimmt. Die Gewerkschaftsführung verlangt ihre Freilassung und die regierende Ennahdha lehnt sie ab. Dieser Konflikt spitzt sich zu und könnte eskalieren.

Wie reagiert die Regierung auf die Forderungen der ArbeiterInnen?

Die Regierung stellt sich taub. Anstatt die Löhne zu erhöhen, zahlen sie Entschädigungen an islamistische Aktivisten, die unter Ben Ali eingesperrt waren. Der Lebensstandard sinkt, die Lebensmittelpreise steigen weiter. Es kursieren bereits scherzhafte Einladungen an Ben Ali, zurückzukehren, denn selbst unter seiner Herrschaft seien die Lebensbedingungen besser gewesen. Noch sind das Scherze.

Wie organisieren sich die ArbeiterInnen? Bauen sie unabhängige Gewerkschaften auf?

Nach der Revolution wurden zwei neue Gewerkschaften gegründet. Aber sie haben keinen wirklichen Einfluss auf die soziale Bewegung. Die UGTT ist immer noch der wichtigste Dachverband.

Versuchen die ArbeiterInnen sich mit anderen Gruppen zu verbünden, z.B. mit Studierenden oder Arbeitslosen?

Ja, es gibt sehr enge Verbindungen zwischen ArbeiterInnenkämpfen und Kämpfen von anderen Gruppierungen, z.B. Arbeitslosen, Studierenden, AnwältInnen und FrauenrechtlerInnen.

Quelle: E-Mail-Interview vom 8. August 2012, http://menasolidaritynetwork.com/2012/08/13/tunisia-interview-with-kassrine-workers-leader/; eigene Übersetzung mit freundlicher Genehmigung des Mena Solidarity Network

(K)ein Ausblick

Im November 2012 ist die Phase sozialer Auseinandersetzungen, die zu Beginn des Jahres 2011 als Arabischer Frühling begann, noch nicht zu Ende. In Tunesien und Ägypten spitzen sich einerseits Konflikte zwischen regierenden konservativ-islamischen Gruppen und Salafisten zu, andererseits finden immer wieder militante Kämpfe von ArbeiterInnen statt. Letztere finden kaum Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und Berichterstattung. Den ArbeiterInnen geht es nicht nur um höhere Löhne, sondern in ihren Protesten zeigt sich immer wieder das Ziel, die Errungenschaften der Revolutionen zu verteidigen, wie z.B. das Recht, freie und unabhängige Gewerkschaften zu gründen und sich darin zu organisieren. Die politische Linke in beiden Ländern ist keineswegs so marginalisiert, wie es die gängige Berichterstattung in Deutschland vermuten lässt. Diese konzentriert sich meist auf den Konflikt zwischen islamistischen Gruppierungen.

Wie diese Konflikte letztlich ausgehen und wie sich die soziale und politische Situation in Tunesien und Ägypten entwickeln wird, darüber ist keine seriöse Prognose möglich, schon gar nicht aus einer europäischen Beobachterperspektive.

Die vorliegende Broschüre wollte zeigen, dass die ArbeiterInnenbewegung in beiden Ländern eine wichtige soziale Akteurin ist. Spontane Streiks und Proteste können sich zu einer politischen Bewegung entwickeln und sozialen Auseinandersetzungen zusätzlichen Schub geben. Die Erfahrungen, die dabei gemacht werden, werden Bestandteil der Bewegung. Es steht zu hoffen, dass dieses Erbe lebendig bleibt.

١- ١٠٠ يوم أرباح - خلال عام
٢- زيادة الحد الأدنى للأجور
٣- ربط الأجور بالأسعار.
٤- زيادة تسعيرة الإنتاج.
٥- حل مشكلة المواصلات.
٦- رفع حل جذري للإسكان.